
Geschäftsbericht


SCHNIGGE
Wertpapierhandelsbank AG

2007

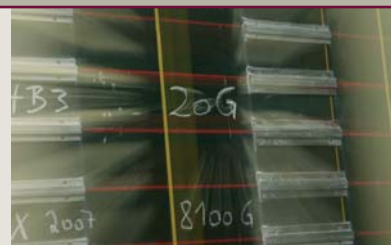


SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG auf einen Blick

Entwicklung wichtiger Kennzahlen im Drei-Jahres-Überblick:

Geschäftsjahr		2007	2006	2005
Bilanzsumme	TEuro	11.896	6.305	13.055
Grundkapital zum 31.12.	TEuro	2.241	2.131	2.131
Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	TEuro	205	2.454	167
Jahresüberschuss	TEuro	22	2.193	170
Jahresüberschuss pro Aktie	Euro	0,01	1,03	0,08
Ausschüttung	TEuro	1.009	0	0
EBIT	TEuro	350	2.424	103
EBITDA	TEuro	495	2.522	180
Mitarbeiterzahl am 31.12.		25	20	13

Inhaltsverzeichnis



	Seite
VORWORT DES VORSTANDES	5
DIE GESELLSCHAFT	6
AKTIENKURSENTWICKLUNG	6
UNTERNEHMENSSTRATEGIE	7
LAGEBERICHT	9
DER MARKT	9
GESCHÄFTSVERLAUF UND -LAGE	10
BILANZ- UND GESCHÄFTSENTWICKLUNG	11
BERICHTE AUS DEN EINZELNEN GESCHÄFTSBEREICHEN	13
PERSONALENTWICKLUNG	14
RISIKOBERICHT	14
CHANCEN UND RISIKEN ZUKÜNFTIGER ENTWICKLUNGEN	16
ZWEIGNIEDERLASSUNGEN	18
ANGABEN ZUR KAPITALSTRUKTUR – ÜBERNAHMERELEVANTE INFORMATIONEN ...	18
BESONDERE EREIGNISSE NACH SCHLUSS DES GESCHÄFTSJAHRES	19
AUSBlick	19
SCHLUSSERKLÄRUNG DES ABHÄNGIGKEITSBERICHTES	20
BERICHTIGTER JAHRESABSCHLUSS	21
BERICHTIGTE JAHRESBILANZ PER 31.12.2007	22
BERICHTIGTE GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG 2007	24
BERICHTIGTER ANHANG	26
BESTÄTIGUNGSVERMERK DES ABSCHLUSSPRÜFERS	32
BERICHT DES AUFSICHTSRATS	33
ENTSPRECHENSERKLÄRUNG	34
INVESTOR RELATIONS	35

Vorwort des Vorstandes



Sehr geehrte Aktionärinnen und Aktionäre,

das abgelaufene Geschäftsjahr an den Börsen war von einer guten Tendenz mit zwischenzeitlichen Marktverwerfungen geprägt. Rückwirkend betrachtet zeichnete sich aber die derzeit grassierende Krise an den Finanzmärkten, zum Beispiel durch eine kontinuierlich gestiegene Volatilität, bereits ab Sommer 2007 ab. Wurde diese zunächst als lokales und wohl auch zeitlich sehr begrenztes Phänomen betrachtet, entwickelte sie sich gerade zum Jahresende hin bis in das neue Jahr hinein zu einer nachhaltigen volkswirtschaftlichen und börslichen Schwächephase.

Welche Auswirkungen hatten diese zum Jahresende raumgreifenden Marktverwerfungen auf unser Unternehmen?

Zunächst sind wir zufrieden darüber, dass die SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG selber keinerlei Subprime-Wertpapiere im Bestand hielt oder hält. Dennoch ist ein Wertpapierhandelshaus in einem derartigen Marktumfeld auch unmittelbar von fallenden Kursen sowie stark zurückgehenden Umsätzen betroffen. Trotz eines sehr schwachen Dezembers stand das im gesamten Berichtszeitraum erwirtschaftete, operative Ergebnis in einer guten Relation zum eingesetzten Eigenkapital. Dass die SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG dennoch einen nur geringen Bilanzgewinn ausweist, hängt mit der Dotierung des Fonds für allgemeine Bankrisiken in Höhe von 2,2 Mio. Euro zusammen. Mit Wahl dieser Risikovorsorge, die als stille Reserve zu betrachten ist, wurde bewusst der derzeit desolaten Marktsituation Rechnung getragen. Gerade in unsicheren Phasen kommt dem finanziellen Handlungsspielraum eines Wertpapierhandelshauses eine wesentliche Bedeutung zu. Eben diesen Handlungsspielraum möchte die Gesellschaft durch die getroffene Maßnahme gewährleisten.

Eine grundsätzlich vorsichtige Ausrichtung der Geschäftspolitik findet auch bei unserem neuen Großaktionär Augur Capital Unterstützung. Augur Capital hat mit Wirkung zum 21. Dezember 2007 das gesamte, bis dahin von der ThomasLloyd AG gehaltene Aktienpaket in seinen Fonds Augur Financial Opportunity SICAV übernommen.

Der Augur Financial Opportunity SICAV ist der erste Private Equity Fonds in Europa mit Spezialisierung auf Investments im Finanzdienstleistungsbereich. Im Zuge des mittlerweile durchgeführten Übernahmeangebotes nach WpÜG konnte Augur Capital zum Angebotsende seinen Anteil an der Gesellschaft auf 89,12 % aufstocken.

Auch resultierend aus der Veröffentlichung dieses Übernahmeangebotes freut uns insbesondere die Entwicklung unseres Aktienkurses, der im Jahresvergleich um 131 % zulegen konnte. Nicht zuletzt vor dem Hintergrund dieser guten Kursentwicklung wollen wir uns herzlich bei allen Mitarbeitern für ihr Engagement in einem schwierigen Marktumfeld bedanken.

Ausblick für das Jahr 2008

Für die Gesellschaft ärgerlich bleibt, dass sie trotz einer operativ befriedigenden Performance durch exogene Drittereignisse in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung gestört wird. Dies zeigt sich insbesondere beim Schadensfall Phoenix, wo unserem Unternehmen Inanspruchnahme durch die EdW droht sowie bei der Subprimekrise, für deren mögliche Eskalation die Gesellschaft Risikovorsorge treffen musste.

Vom Optimismus des Vorjahres ist somit wenig verblieben. Zu stark sind die Verwerfungen, sowohl an den Finanzmärkten als mittlerweile auch in der Realwirtschaft. Die ersten drei Handelsmonate im laufenden Geschäftsjahr entpuppten sich mit einem Minus von 18% als sehr schwach. Damit einhergehend war bereits ein deutlicher Umsatzrückgang in vielen für die Gesellschaft wesentlichen Bereichen festzustellen. Vor diesem Hintergrund schaut der Vorstand der Gesellschaft bestenfalls verhalten optimistisch in das Jahr 2008 und hofft, die derzeitige Marktschwäche mit möglichst wenig Schaden zu überstehen. Von einer mittel- bis langfristig positiven Entwicklung der ökonomischen Rahmenbedingungen und daraus resultierender Chancen für die SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG geht der Vorstand unverändert aus.

Düsseldorf, den 18. April 2008

Florian Weber

Markus Baukenkrodt

Michael von Busse

Die Gesellschaft



SCHNIGGE WERTPAPIERHANDELSBANK AG

Vorstand

Florian Weber, Vorsitzender
Markus Baukenkrodt
Michael von Busse

Aufsichtsrat

Dr. Frank Zahn,
Rechtsanwalt, Berlin (Vorsitzender bis 14.12.2007)
Dr. Jürgen Frodermann,
Rechtsanwalt, Düsseldorf (stv. Vorsitzender bis 13.12.2007)
Alexander Kersting,
Senior Investment Director, Frankfurt a.M. (bis 22.8.2007)
Anthony M. Coveney,
Executive Director, London/GB (ab 22.8.2007, nachträglich mit Vorrang vor Wahlmandat gerichtlich bestellt am 11.1.2008)
Günther P. Skrzypek,
Vorstand, Frankfurt a.M. (ab 3.1.2008, Vorsitzender ab 17.1.2008)
Dr. Thomas Schmitt,
Vorstand, Frankfurt a.M. (ab 3.1.2008, stv. Vorsitzender ab 17.1.2008)

Handelsplätze und -systeme (im Berichtsjahr)

Deutsche Börse AG, Frankfurt
Börse Berlin
Börse Düsseldorf
Börse Hamburg
Börse Stuttgart
Börsensystem Xetra®

Hauptsitz

Düsseldorf

Niederlassungen

Frankfurt am Main

Handelsregister

Düsseldorf unter HRB 36 608

AKTIENKURSENTWICKLUNG

Stammdaten: (Stand März 2008)

Inhaber Stammaktien

Börsenkürzel SHB3, WKN A0EKK2, ISIN DE000A0EKK20
Anzahl Aktien 2.131.428 im rechnerischen Wert von EUR 1,00.

Neue Inhaber Stammaktien

nicht börsennotiert, WKN A0NK3C, ISIN DE000A0NK3C6
Anzahl Aktien 110.000 im rechnerischen Wert von EUR 1,00.

Aktionärsstruktur (Stand März 2008)

AUGUR Financial Holding	
Zwei GmbH & Co. KG	89,12 %
Streubesitz	10,88 %

Der Börsenkurs der Aktien unserer Gesellschaft verlief in den ersten sechs Monaten mit leicht ansteigender Tendenz in Richtung EUR 6,00. Im zweiten Halbjahr 2007 war der Aktienkurs geprägt von den ab Mitte Juni bekannten Verkaufsplänen des Großaktionärs und unterlag einer Schwankungsbreite von EUR 6,00 bis EUR 10,00. Nach vollzogenem Verkauf der Gesellschaft pendelte sich der Börsenkurs der Aktie auf EUR 9,00 bis EUR 9,50 ein. Insgesamt sind die Umsätze auch in 2007 eher als niedrig zu bezeichnen.

Für das Geschäftsjahr 2007 wird die Gesellschaft eine Dividende in Höhe von EUR 0,45 pro Aktie ausschütten.

Unternehmensstrategie



KERNGESCHÄFT WERTPAPIERHANDEL

Die insgesamt erfreuliche Kurs- und Umsatzentwicklung an den Börsen hat sich in unseren Kerngeschäften, der Vermittlung von Wertpapieren sowie der Skontroführung in insgesamt ca. 5.600 Wertpapieren an unterschiedlichen Börsen in Deutschland, positiv niedergeschlagen.

Die weiter zunehmende Akzeptanz des Handels von Fondsanteilen über die Börse hat sich dabei in Bezug auf Umsatz und Ertrag wiederum positiv ausgewirkt. So war – wie schon im Vorjahr - der Bereich Fondshandel, den die Gesellschaft im Jahr 2002 als Pionier federführend etabliert hat, die wesentliche Ertragssäule der Gesellschaft. Da bisher lediglich einem kleinen Bruchteil aller Privatanleger die flexible und Kosten sparende Bezugsmöglichkeit von Fondsanteilen über die Börse bekannt ist, spricht der Vorstand diesem Marktsegment weiterhin ein großes Wachstumspotential zu. Zur Sicherung und zum Ausbau der Marktposition hat die SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG im abgelaufenen Jahr die Anzahl der notierten Fondsanteile weiter erhöht. Die konsequente Fortsetzung dieser strategischen Stossrichtung plant die Gesellschaft auch für dieses Jahr.

Dies betrifft auch den Bereich der im vergangenen Jahr neu gestarteten Aktienskontroführung an der Frankfurter Wertpapierbörse, wo wir ein leistungsstarkes Angebot für Retail- und professionelle Kunden vorhalten. Allerdings bestätigen sich die von der Geschäftsleitung seit langem geäußerten Befürchtungen, dass der Wettbewerb der Börsen über den Weg einer Courtagereduktion und damit auf dem Rücken der an den Börsen tätigen Skontroführern ausgetragen wird.

Der Handel per Erscheinen hat auch im vergangenen Jahr die Bedeutungen der Vorjahre in keiner Weise erreichen können. Zwar hat sich die Neuemissionstätigkeit wieder verstärkt, allerdings ist kaum Nachfrage im vorbörslichen Handel erkennbar. Wir erwarten daher auch zukünftig einen vergleichsweise untergeordneten Ergebnisbeitrag dieses Handelssegmentes für unsere Gesellschaft.

NEUE GESCHÄFTSFELDER

Zur Glättung der starken Zyklizität der Erträge aus dem Kerngeschäft Wertpapierhandel hat die Gesellschaft geplant, die in den vorigen Geschäftsjahren eingestellten Geschäftsaktivitäten wieder aufzunehmen. Hierzu zählt sowohl das Primärmarktgeschäft mit den verbundenen

Corporate Brokerage Aktivitäten als auch die Finanzportfolioverwaltung. Durch den Auf- und Ausbau dieser Aktivitäten sollen geschäftspolitische Risiken diversifiziert und zusätzliche Einkommensströme für das Unternehmen erschlossen werden. Der im abgelaufenen Geschäftsjahr gestellte Erlaubniserweiterungsantrag zum Betrieb der Finanzportfolioverwaltung wurde mit Bescheid vom 19. Dezember 2007 durch die BaFin genehmigt.

Die hauptsächliche Stossrichtung zur Erschließung neuer Ertragsquellen ist eine stärkere Ausrichtung der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG auf Endkunden. Die Gesellschaft wird sich zukünftig darum bemühen, einen direkten Zugang zum Endkunden herzustellen, um ein entsprechendes Absatzpotenzial für Produkte und Dienstleistungen aufbauen und nutzen zu können. Auf Grund der Erfahrungen im Unternehmen und der damit verbundenen Reputation wird dabei ein besonderer Fokus auf handelsaffine Privatkunden sowie informierte Kapitalanleger gelegt. Zur Aufnahme der Geschäftsaktivitäten im Bereich der Finanzportfolioverwaltung baut die Gesellschaft derzeit die notwendige Infrastruktur sowie Ressourcen für den operativen Geschäftsbetrieb auf.

Im Bereich Corporate Broking konnte die Gesellschaft im abgelaufenen Geschäftsjahr bereits wieder einige ausgesuchte, kleinere Mandate betreuen. Die Emissionslizenz wurde entgegen der ursprünglichen Planung jedoch nicht von der Gesellschaft beantragt. Die in diesem Erlaubnistatbestand enthaltene Übernahme des Platzierungsrisikos im Rahmen der Durchführung einer Emission steht nach Ansicht des Vorstands in keinem angemessenen Verhältnis zum Eigenkapital der Gesellschaft und hat daher ein unattraktives Chance/Risiko-Profil. Um im Primärmarktgeschäft dennoch einen nahezu vollständigen Dienstleistungsumfang anbieten zu können, hat die Gesellschaft - zusammen mit dem Erlaubniserweiterungsantrag zum Betrieb der Finanzportfolioverwaltung - die Lizenz zum Platzierungsgeschäft beantragt und per 19. Dezember 2007 erteilt bekommen.

AUSBLICK

Da die SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG mit der Verfolgung umfassender Diversifikationsstrategien in früheren Jahren schlechte Erfahrungen gemacht hat, ist für den Vorstand bei allen dargestellten Aktivitäten die Prämisse einer bestandssichernden Umsichtigkeit handlungsleitend. Die Stärkung der Rücklagen und damit

das Anwachsen des haftenden Eigenkapitals hat nach wie vor höchste Priorität für uns.

Mit einiger Sorge betrachtet die Gesellschaft daher die Entwicklung an verschiedenen Börsen im Hinblick auf die Umsetzung der MiFID-Richtlinie. Vor dem Hintergrund einer Best-Price Execution Policy ist zu befürchten, dass der bereits begonnene Preiswettbewerb um Kundenorders an Schnelligkeit und Härte gewinnt. Letztlich wird sich dieses überwiegend zu Lasten der an den Börsen tätigen Skontrofführer realisieren lassen. Mit einem bis zu 5.000,- Euro courtagefreien Handel ist auch die Börse Düsseldorf im November 2007 nunmehr den Vorgaben anderer Börsen gefolgt. Nicht zuletzt deshalb soll der Aufbau der neuen Geschäftsfelder dazu genutzt werden, die Abhängigkeit der Erträge aus dem Wertpapierhandelsgeschäft zu mildern.

Die ersten drei Handelsmonate im laufenden Geschäftsjahr entpuppten sich mit einem Minus im DAX von 19% als schwächstes Auftaktquartal seit Jahrzehnten.

Erfahrungsgemäß sind negative Entwicklungen im ersten Quartal jedoch ausgesprochen selten. Von 1960-2007 verzeichnete der deutsche Aktienmarkt im ersten Quartal in lediglich 15 von 48 Fällen überhaupt ein Minus. Auf Grund der im Jahr 2009 umzusetzenden Abgeltungssteuer sowie dadurch etwaig motivierten Depotumschichtungen könnten in der zweiten Jahreshälfte potenziell zu einem Nachfrageschub und mithin steigenden Umsätzen, insbesondere bei Fondsprodukten, führen.

Trotz der deutlich verschlechterten Rahmenbedingungen sowie derzeitiger ökonomischer Unsicherheiten ist der Vorstand zuversichtlich, auch für das laufende Geschäftsjahr ein positives Ergebnis präsentieren zu können. Die jüngsten Zinssenkungen haben bereits teilweise für Entlastung an den Märkten gesorgt. Im Falle einer Stabilisierung der ökonomischen Rahmenbedingungen gehen wir von einer Rückkehr zu einer grundsätzlich freundlichen Anlegerstimmung aus und erwarten kein nachhaltiges Einbrechen der Erträge.

Lagebericht 2007



DER MARKT

Als ein turbulentes Börsenjahr mit gutem Ausgang präsentierte sich das Geschäftsjahr 2007. Nach schon guter Performance im Jahr 2006 (plus 21,98 %) legte der Deutsche Aktienindex DAX auch 2007 weiter zu. Zwischenzeitlich erreichte der Markt sogar ein neues Allzeithoch und beendete das Jahr über der psychologisch wichtigen Marke von 8.000 DAX-Punkten. Mit einem Jahresschlussstand von 8067,32 Punkten erreichte das deutsche Marktbarometer ein Plus von 22,36 % gegenüber dem Vorjahr. Damit setzte der Markt seine seit 2003 gestartete Aufwärtsbewegung auch im Berichtsjahr fort.

Trotz dieser Zahlen, welche zunächst eine freundliche Gesamtlage darstellen, war das Marktgeschehen alles andere als einfach!

Allein der DAX erlitt zwischenzeitlich mehrere, teilweise heftige Einbrüche von mehr als 10 %. Auch war die Aufwärtsentwicklung an den deutschen Börsen bei weitem nicht mehr so breit aufgestellt wie noch zum Vorjahr. Dies wird deutlich, wenn man sich die Kursentwicklung der breiter aufgestellten Indices der deutschen Börsen betrachtet: So legte der MDAX auf Jahressicht nur 4,90 % zu, konnte zwischenzeitlich jedoch sogar einen Zuwachs von mehr als 22 % verzeichnen. Im Laufe des Jahres fand hier also bereits eine Konsolidierung statt. Auch der TecDax zeigte eine ähnliche Entwicklung, wengleich hier ein immer noch ansehnliches Plus gegenüber dem Vorjahr übrig blieb (plus 30,28 %). Die negativste Entwicklung hatte der SDAX zu verzeichnen, nach einem zwischenzeitlichen Anstieg um mehr als 20 % fiel das Marktbarometer sogar in den negativen Bereich und beendete das Jahr mit einem Minus von 6,77%.

Auffallend war, dass es im Laufe des Jahres einen Stimmungswechsel bei den Anlegern zu verzeichnen gab. Gingen viele Marktteilnehmer bis zur Jahresmitte davon aus, dass die vorgenannten, teilweise heftigen Korrekturen zu Positionsaufstockungen zu nutzen seien, so drehte sich die Stimmung bis zum Jahresende deutlich. Der fortgesetzte Versuch, den DAX nachhaltig über sein Allzeithoch zu treiben scheiterte mehrfach, Belastungsfaktoren sorgten gerade im letzten Quartal vermehrt für Unsicherheiten, so dass es letztlich sogar verwundert, dass der DAX mit einem Schlussspurt zum Jahresende nochmals einen Anlauf nahm, den Markt über die Marke von 8.000 Punkten zu stemmen. Damit war jedoch auch die Tür

geöffnet für die dann Januar 2008 erfolgte teilweise dramatische Korrektur im DAX, die innerhalb eines Monats fast den gesamten Kursanstieg des Jahres 2007 eliminierte.

Die Ursachen für die Korrektur im Januar 2008 bestanden jedoch auch schon im Vorjahr und waren der Auslöser zunehmender Marktunsicherheit. Dass der Preis für Rohöl weiterhin hoch war, sogar die Marke von 100 US-Dollar/Barrel erreichte, war dabei sicherlich nur ein Mosaiksteinchen. Auch der US-Dollar, der im Jahr 2007 kontinuierlich an Wert verlor, sorgte für Ängste bei Anlegern. Schließlich ist die deutsche Wirtschaft als Exportnation nicht unwesentlich von der Dollarentwicklung abhängig – sei es durch direkte Fakturierung in US-Dollar oder aber durch die weniger konkurrenzfähige Preisbasis nach Euro-Konvertierung. Zudem konnten vor allem auf US-Dollar-Basis bilanzierende Anleger nach dem Kursverfall des US-Dollar bis auf das Niveau von 1,50 und gleichzeitigen Börsenkursanstiegen hohe Kursgewinne einstreichen. Hohe Ölpreise und schwacher Dollar als fundamental belastende Faktoren konnten die Börsen eine Zeit lang gut verkraften. Zu stabil schien die wirtschaftliche Entwicklung, zu groß der Gewöhnungseffekt an diese beiden Belastungen für die Volkswirtschaften in Europa.

Diese Meinung drehte jedoch abrupt im letzten Quartal des Berichtszeitraumes, als ein weiterer, zunächst meist unbeachtet gebliebener Störfaktor, die Märkte traf: Die kräftige Abkühlung des US-Immobilienmarktes mit dramatischen Werteinbußen sorgte für erste Opfer. Nachdem in den USA zuletzt Immobilienvollfinanzierungen gang und gäbe waren, kam zum Wertverlust der Sicherungsobjekte noch eine höhere Belastung aufgrund gestiegener Zinsen dazu. Dieser Mechanismus weitete sich in der Folge zu einem Flächenbrand aus. Viele Hypothekenfinanzierer refinanzierten sich nämlich dadurch, dass sie die Forderungen verbrieften und als Wertpapiere an andere Banken weiterverkauften ließen. Diese Papiere mit teilweise schlechter Bonität (subprime) wurden weltweit verkauft und sorgten im Zuge dramatischer Kursverluste für massive, teilweise existenzbedrohende Abschreibungen bei vielen Banken. Auf deutscher Seite waren die IKB und die WestLB in Düsseldorf sowie die SachsenLB massiv betroffen. Die SachsenLB wurde daraufhin in einer Notaktion an die Landesbank Baden-Württemberg verkauft, auch für IKB und WestLB wird derzeit nach einem Fortführungskonzept gesucht.

Diese daraufhin als Subprime-Krise bezeichnete Situation löste eine weltweite Liquiditätskrise aus, der von den Notenbanken nur durch massive Liquiditätsspritzen im Inter-Bankenmarkt begegnet werden konnte. Damit reagierten diese auf die aufkommenden Unsicherheiten unter den geldverleihenden Banken, die sich nicht sicher waren, welche andere Bank in welchem Ausmaß ebenfalls von der Subprime-Krise betroffen war, was zu einem Austrocknen des Marktes führte. Zudem senkte die US-Notenbank ihre Zinsen innerhalb kurzer Zeit mehrfach und deutlich. Da die Inflation im Euroland jedoch schon ein relativ hohes Niveau erreicht hat, sah sich die EZB nicht in der Lage, dem Schritt der FED zu folgen, was den Druck auf die europäischen Finanzinstitute weiter erhöhte. Alleine US-Institute hatten aufgrund der US-Hypothekenkrise teilweise Quartalsabschreibungen jenseits der EUR 10 Mrd. Grenze zu verzeichnen. Insgesamt führte diese Entwicklung dazu, dass Anleger die weitere weltweite wirtschaftliche Entwicklung skeptisch beurteilen. Sorgen vor einer Rezession in den USA machten die Runde, so dass die Gefahr besteht, dass die in den Vorjahren gezeigte Gewinndynamik der Unternehmen wenigstens ins Stocken geraten könnte.

Dagegen profitierte das Krisenmetall Gold jedoch weiterhin als sicherer Hafen. Der Kurs für eine Feinunze stieg zeitweilig auf ein Niveau von 845 US-Dollar an (im Jahresvergleich ein Anstieg um mehr als 30% auf US-Dollar-Basis).

Auch der Rentenmarkt präsentierte sich - vor dem Hintergrund der Kapitalmarkturbulenzen durchaus erstaunlich - freundlich, getragen von den Liquiditätshilfen der Notenbanken und den kräftigen Zinssenkungen in den USA. Zwar stieg die Umlaufrendite der zehnjährigen Bundesanleihe von 3,93 % auf 4,3 % zum Jahresende an, doch lag dies deutlich unter dem Zinshoch von 4,68 %. Viele Marktteilnehmer waren davon überzeugt, dass der Zinsanstieg in Euroland wesentlich stärker hätte ausfallen müssen, da die Inflationsdaten restriktivere Maßnahmen der EZB erwarten ließen. Nur die Markturbulenzen und die damit verbundenen teilweise massiven Liquiditätsstützen der Notenbanken haben einen weiteren Zinsanstieg verhindert.

Vor dem Hintergrund der US-Hypothekenbankkrise sind aus unserer Sicht der Kursanstieg des DAX und die Performance der meisten Wertpapierbörsen im abgelaufenen Jahr umso erstaunlicher.

GESCHÄFTSVERLAUF UND -LAGE

Im Gegensatz zum Vorjahr war das Geschäftsjahr 2007 nicht einfach. Die vorweg beschriebenen Faktoren sorgten dafür, dass der Handelsbereich, der nach wie vor den

Hauptertragsbestandteil der Gesellschaft ausmacht, deutlich vorsichtiger agieren musste. So kam es, nach freundlichem Handelsstart am Jahresanfang, gerade zum Jahresende hin, zu deutlichen Kursrückgängen in vielen Marktsegmenten, insbesondere im Nebenwertebereich. Davon betroffen waren vor allem Gesellschaften, die in welcher Form auch immer von der US-Immobilienkrise betroffen sein könnten.

Einhergehend mit den zunehmenden Sorgen um die Weltwirtschaftslage mussten in der zweiten Jahreshälfte zurückgehende Umsätze verzeichnet werden.

Somit lässt sich das Geschäftsjahr 2007 in drei gute (Q1-Q3), dem Geschäftsjahr 2006 entsprechende, und ein viertes schwaches Quartal einteilen.

Neben dem Börsentagesgeschäft prägten im abgelaufenen Geschäftsjahr viele Einzelereignisse das Gesicht der Gesellschaft.

Die SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG hat bereits seit dem Jahresanfang 2007 die Weiterentwicklung der Gesellschaft betrieben. So wurde der Eintritt in das Endkundengeschäft vorbereitet, welches voraussichtlich im ersten Halbjahr 2008 starten soll. Ebenso wurden die rechtlichen Prozesse eingeleitet, um mit einer eigenen Vermögensverwaltung zu starten. Die Antragstellung wurde mit der Zuteilung der aufsichtsrechtlichen Genehmigungen im Dezember 2007 erfolgreich abgeschlossen.

Vorweg erfolgte die Börseneinführung der aus vergangenen Kapitalerhöhungen noch nicht notierten Aktien der Gesellschaft zum 25. Januar 2007.

Die BaFin teilte uns am 13. August 2007 mit, dass das im Vorjahr gegen den ehemaligen Großaktionär getroffene Verbot der Stimmrechtsausübung wieder aufgehoben wurde.

Im Mai des Jahres entschied der Großaktionär unserer Gesellschaft, die ThomasLloyd AG, Stuttgart, sich von seinem Anteil an unserer AG trennen zu wollen. Das Management der Gesellschaft war von diesem Zeitpunkt an in den Verkaufsprozess eingebunden, der mit der Ankündigung der Augur Financial Holding Zwei GmbH & Co. KG am 21. Dezember 2007, den Anteil der ThomasLloyd AG übernommen zu haben, erfolgreich abgeschlossen worden ist. Der neue Großaktionär hat im Zuge des mittlerweile veröffentlichten Übernahmeangebotes nach WpÜG zum Angebotsende 89,12 % an der Gesellschaft erworben.

Ein für die Gesellschaft wesentlicher Rechtsstreit konnte im letzten Jahr endgültig und rechtssicher abgeschlossen

werden. Im Juni 2007 verkündete das Oberlandesgericht im Rahmen der zweitinstanzlichen, nunmehr rechtskräftigen Entscheidung über die behauptete Schadensersatzforderung der Arnor Beteiligungs GmbH (vormals Avalon Beteiligungs AG) eine Abweisung der Klage. Damit bestätigte sich die Auffassung der Gesellschaft, dass die erhobene Forderung unbegründet war.

Der geplante Ausbau der Skontroführungsaktivitäten an den verschiedenen Börsen verlief jedoch schleppend. Zwar wurden der Gesellschaft im März 2007 im Rahmen der Neuverteilung von Aktienskonten an der Frankfurter Wertpapierbörse Skontren zugeteilt. Zunächst wurde der Antrag der Gesellschaft auf Zuteilung von Skontren sogar abgelehnt, SCHNIGGE sei nicht in der Lage, die Anforderungen der Börse hinsichtlich der geforderten Qualität zu erfüllen. Die erfolgreiche Klage eines Mitbewerbers gegen die nicht erfolgte Zuteilung durch die Börse führte später aber dazu, dass unsere Gesellschaft Papiere der Skontroführung zugeteilt erhielt. Die Qualitätsanforderungen der Börse, die mit 99,75 % zu erfüllen sind, hat die Gesellschaft bis zur Erstellung dieses Berichtes deutlich und dauerhaft übertroffen.

Zum 11. April 2007 erfolgte die Umwandlung des bis dahin bestehenden eigenkapitalähnlichen, nachrangigen Darlehens in Höhe von EUR 650.000,00 in Aktienkapital durch Einbringung der Forderung im Wege der Sacheinlage im Rahmen einer Kapitalerhöhung aus genehmigtem Kapital. Dabei wurden 110.000 nicht notierte Aktien zu einem Ausgabepreis von EUR 5,00 begeben.

Auf der Hauptversammlung 2007 beschlossen die Aktionäre den Namenswechsel der Gesellschaft von DKM Wertpapierhandelsbank AG in SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG. Somit wird im zukünftigen Geschäft wieder die Bekanntheit der Marke SCHNIGGE dazu genutzt, sich erfolgreich im Wettbewerb zu platzieren.

Auf der Hauptversammlung erfolgte die Neuwahl eines Aufsichtsrates. Herr Kersting als gerichtlich bestellter Aufsichtsrat schied aus dem Organ aus. An seiner Stelle wählte die Hauptversammlung Herrn Anthony Coveney zum neuen Aufsichtsrat der Gesellschaft.

Am 19. Dezember 2007 erhielt die Gesellschaft nach Antragstellung die aufsichtsrechtliche Genehmigung zum Betreiben der Bankgeschäfte Finanzportfolioverwaltung (Vermögensverwaltung), dem Betrieb multilateraler Handelssysteme sowie dem Platzierungsgeschäft. Die Gesellschaft wird vorschlagen, die neuen Erlaubnistatbestände auf der kommenden Hauptversammlung in die Satzung aufnehmen zu lassen.

Die Unsicherheiten zum Thema EdW-Umlage im Entschädigungsfall Phönix setzten sich im abgelaufenen

Geschäftsjahr fort. Die EdW kündigte die baldige Erhebung von Sonderumlagen an, die auch unsere Gesellschaft betreffen würde. Im Geschäftsjahr 2006 traf die SCHNIGGE AG bereits Vorsorge durch die Bildung von Rückstellungen in der Bilanz für den EdW-Schadensfall in Höhe von EUR 0,9 Mio., die mit EUR 0,3 Mio. durch eine erste Sonderumlage verbraucht wurde.

Die SCHNIGGE AG hat im Jahresabschluss 2007 den Fonds für allgemeine Bankrisiken mit EUR 2,2 Mio. dotiert. Diese Risikovorsorge wurde zu einem Zeitpunkt getroffen, da die Wertpapiermärkte die Kursgewinne eines ganzen Jahres innerhalb weniger Tage verloren und ein Abrutschen in eine tiefe Liquiditätskrise mit weiter fallenden Kursen nicht mehr ausgeschlossen werden kann. Als Skontroführer ist die SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG dazu verpflichtet Positionen einzugehen und in bestimmten Umfang Stillhalteverpflichtungen zu erfüllen. Diese strukturelle Vorgabe könnte sich wirtschaftlich sehr negativ auf den weiteren Geschäftsverlauf auswirken. Daneben sind mit den Handelsgeschäften zwangsläufig operative Risiken verbunden, die im Grenzfall deutlich höher sein können, als das hierfür kalkulierte Risikobudget. Der Fonds für allgemeine Bankrisiken soll diese besonderen Risiken absichern.

Im Zuge des Eigentümerwechsels zum Jahresende haben die Aufsichtsratsmitglieder Herr Dr. Zahn als Vorsitzender und Herr Dr. Frodermann als stellvertretender Vorsitzender ihre Mandate im Dezember 2007 niedergelegt. Anfang des Jahres wurden daraufhin Herr Günter Skrzypek sowie Herr Dr. Thomas Schmitt gerichtlich zu neuen Aufsichtsräten der SCHNIGGE AG bestellt.

Im PRE-IPO-Geschäft konnten gerade im ersten Halbjahr eine Vielzahl von neuen Gesellschaften beobachtet werden, die den Weg auf das Parkett suchten. Durch die schwache Börsenverfassung im zweiten Halbjahr verringerte sich jedoch der Geschäftsumfang. Insgesamt ist die Gesellschaft mit dem PRE-IPO-Handel im abgelaufenen Geschäftsjahr aber zufrieden, da wieder ein positives Handelsergebnis erzielt werden konnte.

BILANZ- UND ERGEBNISENTWICKLUNG

Die SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG ist mit dem operativ erwirtschafteten Ergebnis im Geschäftsjahr 2007 – insbesondere unter Berücksichtigung der sich eintrübenden Börsensituation zum Jahresschluss – zufrieden. Das Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit lag bei plus EUR 0,2 Mio. nach EUR 2,5 Mio. im Vorjahr. Dies entspricht einem Rückgang von 92%. Der Bilanzgewinn belief sich auf TEUR 1.022 nach TEUR 630 im Geschäftsjahr 2006.

Insgesamt wurde die optimistische Ertragsplanung unserer Gesellschaft aus dem Vorjahr, die ein ähnlich gutes Ergebnis erwarten ließ, leider nicht bestätigt. Vor Sonderbelastungen konnte jedoch ein um EUR 0,1 Mio. leicht rückläufiges Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit von EUR 2,4 Mio. erwirtschaftet werden.

Erklären lässt sich diese Entwicklung vor allem durch den sich seit Jahresende dramatisch verschärfenden Belastungsfaktor der US-Hypothekenkrise (Subprimekrise) und den daraus folgenden kaufmännischen Notwendigkeiten. Diese Entwicklung hat die Gesellschaft dazu bewogen, den dramatisch verschlechterten Rahmenbedingungen an den Finanzmärkten durch eine angemessene Risikovorsorge Rechnung zu tragen. Im Hinblick auf eine wahrscheinlich länger anhaltende Krise hat die SCHNIGGE AG EUR 2,2 Mio. in den Fonds für allgemeine Bankrisiken eingestellt. Die Gesellschaft hält diese Maßnahme insbesondere unter Berücksichtigung der Struktur des Geschäftes sowie der Unternehmenshistorie für notwendig und angemessen, wenngleich sie die operative Leistung des Unternehmens im abgelaufenen Geschäftsjahr deutlich überlagert. Nach drei zufriedenstellenden Quartalen (Q1-Q3) war das operative Geschäft vor allem im vierten Quartal 2007 sehr schwierig und im Ergebnis nicht zufriedenstellend. Neben nachlassenden Umsätzen belasteten vor allem Kursverluste in Werten der zweiten und dritten Reihe, die sich zum Jahresende hin beschleunigt fortsetzen.

Die Tätigkeit der Gesellschaft als Makler für Wertpapiere mit den angeschlossenen Geschäftsbereichen vor allem der Skontroführung beinhaltet die nach dem Börsengesetz erforderliche Trennung von Privatkunden sowie an der Börse zugelassenen Kunden. Dementsprechend hat die SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG im Geschäftsjahr 2007 - wie schon im Vorjahr - eine Kundenstruktur gehabt, die sich ausschließlich aus institutionellen Kunden und hier vornehmlich börsenzugelassenen Banken zusammengesetzt hat.

Die operativen Erträge des Geschäftsjahres 2007 wurden, wie im Vorjahr, weiterhin fast ausschließlich aus börslichen und außerbörslichen Wertpapiergeschäften generiert. Die Angabe von Umsatzhöhen aus diesen Geschäften ist aufgrund einer Vielzahl von Sondervereinbarungen nicht dienlich, weshalb hier auf eine gesonderte Darstellung verzichtet wird. Um einen sinnvollen Überblick über Ertrags- und Geschäftsstrukturen der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG zu erhalten, hat die Gesellschaft die nachfolgende Aufschlüsselung der wesentlichen Positionen vorgenommen. Das Ergebnis aus Courtagen und Provisionen lag im Geschäftsjahr 2007 mit EUR 4,5 Mio. um EUR 0,9 Mio. höher als im Vorjahr. Das Ergebnis aus Finanzgeschäften verbesserte sich weiter auf EUR 3,5 Mio. (Vj. EUR 3,1 Mio.). Das Zinsergebnis einschließlich

Dividenden betrug EUR 0,2 Mio. nach EUR 0,4 Mio. im Vorjahr.

Die anderen Verwaltungsaufwendungen haben sich im Vergleich zum Vorjahr von EUR 2,8 Mio. um EUR 0,3 Mio. auf EUR 2,5 Mio. reduziert. Die Personalkosten stiegen von EUR 2,7 Mio. auf EUR 3,5 Mio.

Die sonstigen betrieblichen Erträge lagen mit EUR 0,3 Mio. deutlich unter denen im Vorjahr (EUR 0,9 Mio.). Dieser Rückgang liegt im Wesentlichen darin begründet, dass die im Vorjahr noch enthaltenen Ausgleichszahlungen für den Bereich Asset Management im abgelaufenen Geschäftsjahr entfallen sind. Dieser Posten enthielt im Geschäftsjahr 2006 im Wesentlichen die vorgenannten Ausgleichszahlungen.

Wertberichtigungen und Abschreibungen auf den Wertpapierbestand lagen mit EUR 0,3 Mio. über dem Vorjahresniveau. Zum Ende des Geschäftsjahres 2007 lag die Bilanzsumme bei EUR 11,9 Mio. Dies entspricht einem Anstieg von 89 % gegenüber dem Vorjahr (EUR 6,3 Mio.).

Die Gesellschaft führte im April 2007 eine Kapitalerhöhung durch. Dabei wurde das Grundkapital im Wege einer Sachkapitalerhöhung durch Ausgabe von 110.000 Aktien im rechnerischen Nennbetrag von EUR 1,00 zu einem Ausgabepreis von EUR 5,00 durchgeführt. Das Grundkapital der Gesellschaft beträgt daher EUR 2.241.428,00, bestehend aus 2.241.428 auf den Inhaber lautenden nennwertlosen Stückaktien, von denen am Bilanzstichtag 2.131.428 Stück an der Börse zugelassen waren. Einzig die 110.000 Aktien aus der jüngsten Kapitalerhöhung, die sich komplett im Besitz des derzeitigen Großaktionärs befinden, sind nicht börsennotiert. Der rechnerische Nennbetrag pro Aktie beträgt EUR 1,00. Alle Aktien sind voll eingezahlt. Die aus vorherigen Kapitalerhöhungen stammenden, bis dahin nicht börsennotierten Aktien sind seit 25. Januar 2007 im regulierten Markt an den Wertpapierbörsen Düsseldorf und Frankfurt am Main eingeführt.

Das bilanzielle Eigenkapital stellte sich am Stichtag auf EUR 4,0 Mio. (Vj. EUR 3,46 Mio.), die Eigenkapitalquote lag bei 33,9 % (Vj. 54,8 %).

In Bezug auf das eingesetzte Kapital hat die Gesellschaft operativ erneut ein gutes Ergebnis erwirtschaftet. Stark belastet wurde dieses jedoch durch die bereits beschriebene Maßnahme zur Risikovorsorge in Höhe von EUR 2,2 Mio. Hinsichtlich der Sonderumlagezahlungen an die Entschädigungseinrichtung der Wertpapierhandelsunternehmen wegen des Schadensfalles Phoenix bestehen aber weiterhin Unwägbarkeiten über den tatsächlichen Zeitpunkt und die Höhe künftiger Sonderbeiträge. Diese könnten mittelfristig auch höher als die gebildeten Rückstellungen sein und damit das Ergebnis auch zukünftig belasten.

Die grundsätzlich aufsichtsrechtlich begrenzten Geschäftsmöglichkeiten haben sich durch das erhöhte KWG-Eigenkapital weiter verbessert. Es besteht aber weiterhin eine Abhängigkeit der Erträge von der Börsenkonjunktur. Bei rückläufigen Märkten muss mit einer überproportionalen Verschlechterung der Ertragslage gerechnet werden.

BERICHTE AUS DEN EINZELNEN GESCHÄFTSBEREICHEN

Innerhalb der Gesellschaft gliedern sich die Geschäftsbereiche auf. Im Geschäftsbereich Handel in Eigenhandel, Skontroführung, außer- und vorbörslicher Aktienhandel sowie Retailgeschäft. Zum Geschäftsbereich Kapitalmarktgeschäft wird das Asset Management und Corporate Broking gezählt.

Eigenhandel

Im Rahmen des Eigenhandels werden Aktien sowie Rentenpositionen im Handelsbestand geführt. Hierzu zählt auch der Handel mit nicht notierten Werten (Telefonhandel) und mit Genussscheinen. Das Ergebnis ist im Wesentlichen ausgewiesen im Aufwand und Ertrag aus Finanzgeschäften und beträgt für das Jahr 2007 EUR 3,5 Mio. (Vj. EUR 3,1 Mio.). Darin enthalten ist der Abschreibungsbedarf auf Wertpapierbestände des Eigenhandels zum Jahresende in Höhe von EUR 0,3 Mio. (Vj. EUR 0,1 Mio.).

Skontroführung

Im Rahmen der Skontroführung führt der beauftragte Makler Angebot und Nachfrage zusammen und sorgt damit für die Preisfeststellung in den ihm von der jeweiligen Börse zugeordneten Wertpapieren.

Weiterhin sehr positiv hat sich die Skontroführung für den Bereich offener Fonds an den Börsen präsentiert. Neben einer anziehenden Ordertätigkeit privater sowie institutioneller Anleger war die fortlaufende Neueinführung bisher nicht notierter Fonds für die gute Entwicklung verantwortlich. Der Markt hat sich insgesamt etabliert, wobei hier der Markteintritt der Börse Frankfurt zusätzlich für Wahrnehmung gesorgt hat. Allerdings muss konstatiert werden, dass der Börsenplatz Frankfurt, an dem die Gesellschaft kein Skontroführer für Fondsanteile ist, ihren Marktanteil bisher zu Lasten der anderen Börsen hat ausbauen können.

Sowohl Renten- als auch Genussscheinskontroführung lieferten wiederum einen kontinuierlichen, kostendeckenden Beitrag zum Gruppenergebnis, wenngleich die Bedeutung dieser Marktsegmente zurzeit weiterhin nicht die Ausmaße vergangener Jahre erreicht.

Gut hat sich die Aktienskontroführung am Börsenplatz Frankfurt entwickelt, die erst im März 2007 gestartet wurde.

Der Überschuss aus Courtagen und sonstigen Provisionen lag bei EUR 4,5 Mio. (Vj. EUR 3,6 Mio.).

Retail

Der ursprünglich unter dem Bereich Retailgeschäft verstandene Geschäftsteil der Vermittlung von Versicherungen, Investmentfonds und anderen zulassungsfreien Produkten wurde bereits im Jahr 2004 durch Rückübertrag an den damaligen Partner, die OFL AnlagenLeasing AG, Dresden, eingestellt. Das diesem Geschäftsbereich grundsätzlich zugeordnete Geschäft der Abwicklung von Vermögenswirksamen Leistungen (VWL) wird noch für eine Übergangszeit bis zum endgültigen Übergang an einen neuen Abwickler zu veränderten Konditionen von uns fortgeführt. Im Jahr 2007 konnte noch keine Übertragung erfolgen, da kein neuer Abwickler gefunden werden konnte. Der Ertrag aus diesem Geschäftsbereich deckte die Kosten. Es ist auch für die Zukunft nicht davon auszugehen, dass hier besondere Erträge oder Kosten anfallen werden.

Vorbörslicher Handel

Die zunächst gute Börsenkonjunktur im Geschäftsjahr 2007 lockte erneut viele Aktiengesellschaften auf das Handelsparkett. Hinsichtlich der Qualität sowie der späteren Kursentwicklung dieser Gesellschaften ergaben sich jedoch vielfach berechtigte Zweifel an deren Bewertung. Es gibt sich mehrende Stimmen, die Parallelen zwischen der jüngsten Einführungswelle (vor allem im Entry Standard) und dem ehemaligen Neuen Markt sehen, da viele Gesellschaften ohne echte Börsenreife den Weg an den Kapitalmarkt gesucht und gefunden haben.

Die Gesellschaft war mit dem Handelsergebnis insgesamt zufrieden. Trotz der im Vergleich zu früheren Jahren weiterhin geringeren Zahl der Handelsteilnehmer und geringer Umsätze verzeichnet dieser Geschäftsbereich im Berichtszeitraum einen positiven Ergebnisbeitrag.

Außerbörslicher Handel

Der Bereich des außerbörslichen Telefonhandels ist Bestandteil des Eigenhandels. Generell konnte eine Zunahme der Umsätze in diesem Geschäftssegment verzeichnet werden. Das Zutrauen der Anleger nach der positiven Aktienkursentwicklung konnte sich im Jahresverlauf auch wieder auf Telefonhandelswerte ausweiten, wenngleich diese Entwicklung im 4. Quartal wieder zum Erliegen kam.

Asset Management

Im Jahr 2007 hat die Gesellschaft einen Antrag auf Erlaubniserweiterung für den Bereich Finanzportfolioverwaltung eingereicht, der am 19. Dezember 2007 von der BaFin genehmigt wurde. Mit der Geschäftsaufnahme wird voraussichtlich im 2. Quartal des laufenden Geschäftsjahres begonnen. Dabei wird die Geschäftsleitung eine maßvolle Investitionspolitik verfolgen, um die entsprechenden Anlaufkosten so gering wie möglich zu halten.

Corporate Broking

Der Geschäftsbereich Corporate Broking umfasst im Wesentlichen die Aktivitäten rund um Börseneinführungen und Listings. Aufgrund des sehr wettbewerbsintensiven Umfelds und den damit einhergehenden, zum Teil ambitionierten Unternehmensbewertungen per Erscheinen hat die Gesellschaft entschieden, diesen Geschäftsbereich nicht aktiv auszubauen. Die potenziellen Erträge stehen im derzeitigen Marktumfeld aus Sicht der Geschäftsleitung in keinem angemessenen Verhältnis zum Risiko, welches sich aus der Übernahme von Aktien in das eigene Buch ergeben kann. Insbesondere die Eigenkapitaldecke der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG rechtfertigt das Eingehen solcherlei Risiken nicht. Folglich wurde der von der Hauptversammlung 2005 genehmigte Antrag auf Erlaubniserweiterung für den Bereich Emissionsgeschäft nicht gestellt. Vielmehr hat die Gesellschaft im Zuge des Erlaubniserweiterungsantrages für den Betrieb der Finanzportfolioverwaltung auch den Genehmigungstatbestand des Platzierungsgeschäftes mit beantragt und von der BaFin genehmigt bekommen. Hierüber verfügt die Gesellschaft nunmehr über die Möglichkeit, sich an – natürlich auch im heutigen Marktumfeld immer noch existenten - attraktiven Transaktionen zu beteiligen, ohne die Risiken einer Übernahme eingehen zu müssen. Den Genehmigungstatbestand des Platzierungsgeschäftes wird der Vorstand der nächsten Hauptversammlung zwecks Billigung zur Abstimmung vorlegen.

Beteiligungen

Ein aktives Beteiligungsgeschäft wurde auch im Jahr 2007 nicht durchgeführt. Beteiligungen waren auf die SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG als Rechtsnachfolgerin der Schnigge Beteiligungs AG durch Verschmelzung in 2003 übergegangen. Eventuelle Verkaufserlöse aus diesen verpfändeten Beteiligungen stehen vereinbarungsgemäß den ehemaligen Gläubigerbanken zu.

Zum 31. Dezember 2007 ist die SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG mit einer Anteilsquote von 13,1 % nur noch an der econia AG i. I., Köln, beteiligt. Die Beteiligung

ist auf einen Erinnerungswert von EUR 1,00 abgeschrieben. Die econia AG i. I. befindet sich seit 2003 in der Insolvenz.

PERSONALENTWICKLUNG

Zum 31. Dezember 2007 waren bei der Gesellschaft einschließlich der Mitglieder des Vorstandes 25 Mitarbeiter/innen beschäftigt. Damit setzte sich das Wachstum wie schon im Vorjahr fort. Der Zuwachs der Mitarbeiterzahl entspricht damit gegenüber dem Vorjahr (20 Mitarbeiter) 25 %.

Das gute Handelsergebnis hat der Vorstand zum Anlass genommen, neben dem an die Angestellten für ihre Leistung ausgesprochenen Dank auch eine adäquate, leistungs- und ertragsbezogene Tantieme auszuzahlen.

Neben der Ausstattung der Gesellschaft mit ausreichenden finanziellen Mitteln sind auch weiterhin die Mitarbeiter das wichtigste Kapital für das Unternehmen. Allen Kollegen gebührt einmal mehr der Dank für die im vergangenen Jahr geleistete Arbeit und die Fähigkeit, in stark schwankenden und teilweise kriselnden Märkten gute Handelsergebnisse zu erzielen.

RISIKOBERICHT

Wie die jüngste Entwicklung erneut beweist, ist in der Branche der Finanzdienstleister das Risikomanagement von zentraler, ja überlebenswichtiger Bedeutung und wird daher auch in unserer Gesellschaft angemessen weiterentwickelt. Die Abteilung Risiko-Controlling ist zuständig für das frühzeitige Erkennen, Bewerten, Steuern und Überwachen aller Risiken unseres Geschäftsbetriebes. Sie ist direkt dem Vorstand unterstellt und berichtet an ihn.

Um unkontrolliertes und ungewolltes Anwachsen der Risikopositionen zu verhindern, erfolgt die Steuerung auf der Basis festgelegter geschäfts- und risikopolitischer Grundsätze. Diese sind in unserer Risikostrategie definiert und konkret in den Handelsrichtlinien verankert. Darüber hinaus hat die Gesellschaft eine interne Allokation der Eigenmittel auf die einzelnen Risikoarten vorgenommen.

Für die Durchführung des operativen Geschäftes wurden intern klare Regeln und Grenzen festgelegt. Die einzelnen Geschäftsbereiche wurden für alle Risikoarten sensibilisiert und auf das ertragsorientierte Eingehen von Risiken ausgerichtet.

Als relevante Risiken für den Geschäftsbetrieb der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG sind folgende identifiziert worden: Adressenausfallrisiken, Marktrisiken, Liquiditätsrisiken, operationale Risiken, IT-Risiken, rechtliche und strategische Risiken.

Adressenausfallrisiken

Adressenausfallrisiken bedeuten die Gefahr des Ausfalls von vertraglich zugesagten Leistungen durch einen Vertragspartner. Wir unterscheiden hier zwischen Emittentenrisiken und Kontrahentenrisiken.

Die Emittentenrisiken sind zu berücksichtigen, weil die Möglichkeit der Insolvenz eines Unternehmens besteht, dessen Anteile wir im Bestand halten. Diese Risiken werden permanent, auch untertätig, in Aktiennettopositionen einzelner Gattungen überprüft, für die jeweils feste Limite vorgegeben sind. Nur der Vorstand kann Ausnahmen hiervon vorab genehmigen.

Kontrahentenrisiken sind in dem von unserer Gesellschaft durchgeführten Geschäft zu vernachlässigen, da wir nur mit Instituten handeln, die börsenzugelassen sind und die diese Geschäfte ‚Zug um Zug‘ abwickeln.

Marktpreisrisiken

Als Markt- und Marktpreisrisiken ist u. a. das Aktienkursänderungsrisiko, das Zinsänderungsrisiko und das Devisenkursrisiko anzusehen. Für unsere Geschäftsbereiche ist im Wesentlichen das Aktienkursänderungsrisiko von Bedeutung.

Die Risiken aus den Wertpapierpositionen werden permanent gemessen und überwacht, um sie so gering wie möglich zu halten. Die Steuerung hat zum Ziel, Kurschancen unter Beachtung eines minimalen Risikos zu nutzen.

Die Marktrisiken werden täglich von der Controlling-Abteilung nach Art und Höhe ermittelt. Der Vorstand hat für die einzelnen Händler Limite beschlossen, die in den Handelsrichtlinien zusammengefasst und die von jedem Händler einzuhalten sind. Ausnahmefälle sind vorab vom Vorstand zu genehmigen.

Vor allem im Rahmen der Stillhalteverpflichtungen an den Börsen, welche die Gesellschaft als Skontroführer eingehen muss, ergeben sich solche Marktpreisrisiken. Bei der Skontroführung offener Fonds ist in den Börsenregeln der Börsen Hamburg und Düsseldorf verankert, dass Geschäfte, die wegen eines Ausgabe- oder Rücknahmestopps der Fondsgesellschaft nicht mehr glattgestellt werden können, nachträglich storniert werden dürfen. Dies minimiert die Risiken des Stillhaltens für Fondsanteile künftig auf das reine Kursänderungsrisiko.

Liquiditätsrisiken

Liquiditätsrisiken bestehen durch die Nichterfüllung vertraglicher Zahlungsverpflichtungen und aufgrund mangelnder Liquidität in engen Märkten. Da wir nur in geringem Umfang in diesen Märkten Eigenhandelsgeschäfte betreiben, ist dieses Risiko als gering einzustufen.

Das Risiko der Liquiditätsknappheit besteht grundsätzlich auch bei unserer eigenen Gesellschaft. Die positive Ertragsentwicklung des Geschäftsjahres 2007 verbesserte die Liquiditätslage weiter deutlich. Neben einem internen Liquiditätsscreening findet zudem eine Überwachung durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht sowie die zuständige Bundesbank aufgrund von monatlichen Meldungen statt.

Operationale Risiken

Diese Risiken beziehen sich auf alle Risiken, die mit unserer laufenden Geschäftstätigkeit verbunden sind. Unerwartete Fehler in Prozess- und Arbeitsabläufen und Schwachstellen in allen Unternehmensbereichen können solche Risiken mit sich bringen. Im für alle Mitarbeiter verbindlichen Unternehmenshandbuch werden qualitative Anforderungen an die einzelnen Prozesse sowie interne Kontrollen vorgegeben. Zusammen mit dem Einsatz qualifizierter Mitarbeiter minimieren wir diese Risiken in der Gesellschaft. Zur Überwachung wurde im Geschäftsjahr eine Schadensdatenbank eingeführt.

Wesentliche Risikobereiche werden seitens der Gesellschaft nicht direkt abgedeckt, sondern über Kooperationspartner gewährleistet, die in diesen Bereichen über weit höhere Erfahrungen und Referenzen verfügen. So ist die Clearingfunktion auf eine Abwicklungsbank übertragen, die gegenüber Dritten und den Börsen die Abwicklungserklärung für alle durch unser Haus getätigten Geschäfte übernommen hat. Durch die Auslagerung minimiert die Gesellschaft die Clearing- und Settlementrisiken. Darüber hinaus werden gerade Settlementrisiken auch von unserer Seite einer besonderen Betrachtung unterzogen, indem interne Kontrollen hier für zusätzliche Sicherheiten sorgen sollen.

Die Auslagerung der hochtechnisiert durchgeführten Geld- und Stückbuchhaltung stellt überdies sicher, dass die Positionsführungsdaten ständig von dritter Seite überprüft und auf Plausibilität überwacht werden. Das Risiko, auf falsche Bestandsangaben aufzusetzen, wird durch diese Auslagerung minimiert.

Clearingrisiken, die sich aus dem Handelskontrahenten ergeben, werden separat betrachtet.

IT-System-Risiken

Risiken bestehen auch bei Fehlfunktionen der EDV-Systeme. Die redundante Ausrichtung der Systeme sowie die permanente Überwachung sichern die dauernde Verfügbarkeit. Dennoch kann es zu Störungen kommen, welche sich negativ auf unsere Geschäftstätigkeit auswirken. Diese Risiken bestehen auch bei Systemen, mit denen wir börsenseitig verbunden sind, wo Störungen selten und kurzfristig sind aber nicht generell ausgeschlossen werden können.

Die Gesellschaft trägt diesen Risiken Rechnung, indem sie neben der Nutzung von Systemredundanzen in der Lage ist, an verschiedenen Standorten die Tätigkeiten sowohl von den Kenntnissen der Mitarbeiter als auch von den technischen Ausstattungen her durchführen zu können.

Rechtsrisiken

Rechtliche Risiken können dadurch entstehen, dass abgeschlossene Verträge rechtlich nicht durchgesetzt werden können oder auch aus ungewollten rechtlichen Verpflichtungen. Die Steuerung der rechtlichen Risiken erfolgt im Wesentlichen durch die Einschaltung von externen Rechtsberatern vor Abschluss von Verträgen. Dadurch sollen juristische Fehler und die damit verbundene mögliche Angreifbarkeit von Vereinbarungen weitestgehend unterbunden werden. Darüber hinaus setzt die Gesellschaft in den wenigen über den Handel hinausgehenden Bereichen Standardverträge ein. Für Teilbereiche des Handels (Pre-IPO Handel) sind Sonderbedingungen erlassen worden, nach denen sich der Handel vollzieht.

Strategische Risiken

Negative Veränderungen des Marktumfeldes können in der derzeitigen Lage der Gesellschaft das Erreichen der vollen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit beeinträchtigen und stellen ein potenzielles Risiko dar.

Die Gesellschaft hat daher ein großes Interesse, die derzeitigen Erträge weitestgehend zu thesaurieren. Eine innere Finanzstärke der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG hat zur Folge, dass neue Geschäftsbereiche ohne risikoreichere Fremdfinanzierungen realisiert werden können. Darüber hinaus ist ein finanzielles Polster auch und besonders vor dem Hintergrund der zyklischen Börsenbewegungen notwendig. Eine negative Veränderung des Marktumfeldes kann dann einhergehend auch

stark reduzierte Erlöse zur Folge haben. Eine nicht ausreichende Finanzkraft stellt eine Beeinträchtigung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zumindest übergangsweise bis zur Anpassung der Strukturen innerhalb der Gesellschaft dar. Gleichzeitig ist die Gesellschaft bemüht, durch eine angemessene Gewinnausschüttung auch den Anspruch der Aktionäre auf eine Dividende zu berücksichtigen, sofern nicht strategische Belange der Gesellschaft dem im Wege stehen.

Die Gesellschaft verzichtet zudem auf das Führen eines Anlagebuches oder gar eines Geschäftsbereichs Beteiligungen. Nur das Eingehen von Handelsbuchpositionen erlaubt die kurzfristige Flexibilität, auf sich ändernde Marktsituationen reagieren zu können.

Die SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG bemüht sich, zur größtmöglichen Flexibilisierung zudem mögliche vertragliche Verpflichtungen so kurzlaufend wie möglich und wirtschaftlich sinnvoll zu halten. Dies soll gewährleisten, dass im Falle nachhaltig negativer Markttendenzen den neuen Gegebenheiten möglichst kurzfristig durch Kürzung entsprechender Ressourcen Rechnung getragen werden kann.

Das Tätigkeitsfeld der Gesellschaft, der Handel mit Wertpapieren, ist naturgemäß mit hohen Kursänderungsrisiken verbunden. Diese können aus einem Wertpapier an sich, jedoch auch indirekt über Zinsänderungs-, Währungs- oder auch politischen Risiken entstehen. Wesentliche Bedeutung für den Erfolg der Gesellschaft haben daher der sensible Umgang mit den vorgenannten Risiken und vor allem eine permanente Überwachung dieser Risiken. Neben Vorgaben zur Art und Größe der Positionen innerhalb von Handelsrichtlinien werden die Positionen permanent realtime hinsichtlich Größenordnung der Gesamtposition, der Einzelposition und möglicher unrealisierter Verluste überwacht. Im Bedarfsfall kann dann zeitnah reagiert werden, um mögliche Verluste aus Positionen zu vermeiden.

Da die Gesellschaft ihre Geschäfte mit an den Börsen zugelassenen Handelspartnern auf hoch technisierter und standardisierter Basis abwickelt, sind Risiken aus unüberschaubaren Handelsgeschäften nicht gegeben. Die Kombination der Maßnahmen stellt sicher, dass - trotz des mit dem Geschäft verbundenen grundsätzlichen Kursänderungsrisikos - die Risiken überschaubar und für das Unternehmen zu handhaben sind.

CHANCEN UND RISIKEN ZUKÜNFTIGER ENTWICKLUNGEN

Änderungen der Börsenstrukturen

Die Gesellschaft ist als Skontroführer tätig. Skontren werden von einer Börse einem Makler zur Betreuung überlassen. Die SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG konnte im Geschäftsjahr 2007 eine Verlängerung ihrer Skontroführertätigkeit in Düsseldorf und Hamburg mit unterschiedlichen Laufzeiten erreichen. Nach Ablauf dieser Laufzeiten wird turnusgemäß erneut über die Vergabe der Skontren entschieden.

Die Gesellschaft wird das ihrerseits Notwendige dazu beitragen, durch Investitionen in erforderliche Technik, geeignete Mitarbeiter und das Einhalten vorgegebener Qualitätsrichtlinien, die Eignung als Skontroführer den verschiedenen Handelsplätzen nachzuweisen.

Trotz aus Sicht der Gesellschaft derzeit hinreichender Darlegung der Eignung als Skontroführer kann nicht ausgeschlossen werden, dass sich zukünftig eine Börse zur Umverteilung von Skontren entschließt. Im schlimmsten Fall können der Gesellschaft alle Skontren entzogen werden, was wesentliche negative Auswirkungen auf die Ertragslage hätte.

Im Gegenzug kann die Zuteilung neuer Skontren für die Gesellschaft jedoch auch neue Ertragsfelder erschließen. So hat die Gesellschaft im Rahmen der Neuverteilung der Aktienskontren an der Börse Frankfurt am 26. März 2007 Teile der Aktienskontroführung übernommen und konnte bereits im ersten Jahr positive Ergebnisbeiträge erwirtschaften.

Der Markteintritt weiterer Börsen in den Fondshandel birgt für die Ertrags- und Geschäftslage der Gesellschaft gleichermaßen Chancen wie Risiken. Auf der einen Seite kann dies zu einem Verdrängungswettbewerb unter den Börsenplätzen führen und damit die bestehenden Erträge schmälern. Auf der anderen Seite ist das Marktsegment noch so jung, dass ein breites und kräftiges Marktwachstum möglich erscheint, von dem alle Handelsplätze profitieren.

Die Umstrukturierungen der deutschen Börsenlandschaft können negative Effekte für das Maklergeschäft allgemein haben. Die Übernahme der Deutsche Börse AG auf der einen und die Einführung neuer elektronischer Handelssysteme (sog. MTFs) auf der anderen Seite können zu einem Wegbrechen des maklergestützten Handels führen. Auch dies hätte gravierende negative Auswirkungen auf die Ertragslage der Gesellschaft.

Aktuelle Anlässe, die das Eintreten der geschilderten Umstrukturierungen befürchten lassen, sind derzeit zwar erkennbar, werden sich im kommenden Geschäftsjahr aber noch nicht substantiell niederschlagen.

Zurzeit stehen veränderte Vergütungsmodelle in der Diskussion, die die bisher bestehende Courtageregelung durch andere Modelle ablösen würde. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass mit einer Änderung gleichzeitig ein Rückgang der Vergütung für Maklerhäuser verbunden ist.

Rechtsrisiken

Im Geschäftsjahr 2007 wurden die zum 31. Dezember 2006 bestehenden Aktiv- und Passivprozesse zu Gunsten der Gesellschaft beendet.

Das OLG Düsseldorf wies zweitinstanzlich und damit abschließend die Schadensersatzforderung von ca. EUR 2,5 Mio. gegen die Gesellschaft aus angeblicher Vertragsuntreue rechtskräftig zurück. Damit hat sich die von der Gesellschaft vertretene Auffassung vollends durchgesetzt.

Ebenfalls obsiegte die Gesellschaft in einem Aktivprozess, bei der die SCHNIGGE AG gegen eine von den Steuerbehörden durchgeführte Kürzung von Werbungskosten vorgegangen ist.

Die Gesellschaft führte zum 31. Dezember 2007 einen Aktivprozess. Hierbei hat die SCHNIGGE AG gegen die Art und Höhe der Berechnung des Jahresregelbeitrags 2007 im Rahmen der Zwangsmitgliedschaft zur EdW vor dem Verwaltungsgericht Berlin geklagt. Eine Entscheidung ist noch nicht gefällt.

Gegen die Gesellschaft sind mehrere Anfechtungsklagen von - in der Presse mittlerweile als solche bezeichneten - Berufsklägern anhängig. Die Anfechtungsgründe beziehen sich auf angebliche Formfehler bei Einladungsfristen zur Hauptversammlung 2007, eine fehlerhafte Feststellung des Jahresabschlusses 2006 sowie die Wahl eines Aufsichtsratsmitgliedes. Der Vorstand hält diese Klagen für ohne Anspruchsgrundlage konstruiert und hat sich bewusst nicht um einen außergerichtlichen Vergleich mit den Klägern bemüht. Vielmehr kommen die Klagen im Mai 2008 beim Landgericht Düsseldorf zur Verhandlung.

Ertragsrisiken

Die vergangenen Jahre haben gezeigt, dass die Kosten der Gesellschaft kalkulier- und damit steuerbar sind, die Erträge dagegen nicht. Die Gesellschaft ist aufgrund der Erfahrungen der ersten drei Handelsmonate des Jahres

2008 wesentlich zurückhaltender hinsichtlich der Ergebnisplanung geworden, als dies im letzten Jahr der Fall war. Vor dem Hintergrund eines nicht mehr unwahrscheinlichen Risikoszenarios einer Fortsetzung der US-Immobilienkrise oder gar eines Abrutschens der Weltwirtschaft in eine Rezession, hat der Vorstand eine entsprechende Vorsorge getroffen. Sollte sich dieses Szenario jedoch nicht materialisieren, erwartet der Vorstand für das Geschäftsjahr 2008 ein operatives Ergebnis in Vorjahreshöhe.

Ein möglicher Ausbau der Gesellschaft um neue Geschäftsfelder muss durch die bestehenden Erträge finanziert werden. Die Gesellschaft legt aber grundsätzlich Wert darauf, dass - wie aufsichtsrechtlich ohnehin verlangt - eine vernünftige, nachvollziehbare und marktgerechte Wirtschaftlichkeitsrechnung vor einer möglichen Geschäftsaufnahme erfolgt. Die SCHNIGGE AG ist davon überzeugt, dass es ihr gelingen wird, durch die Aufnahme neuer Geschäftsaktivitäten die Abhängigkeit der Gesellschaft vom zyklischen Börsenhandel zu verringern.

ZWEIGNIEDERLASSUNG

Die Gesellschaft unterhält eine Zweigstelle in Frankfurt.

Frankfurt

Der Ausbau der Handelstätigkeit in der Zweigniederlassung Frankfurt hat sich auch im abgelaufenen Geschäftsjahr fortgesetzt. So konnte die Gesellschaft im Rahmen der Geschäftsaufnahme der Aktienskontroführung zwei Skontroführer einstellen. Auch weiterhin bemüht sich die Gesellschaft um einen Ausbau des Handelspersonals zu adäquaten Konditionen.

ANGABEN ZUR VERGÜTUNGSSTRUKTUR FÜR DIE ORGANMITGLIEDER

Vergütung des Vorstandes

Der Vorstand erhält für seine Tätigkeit eine feste monatliche Grundvergütung sowie einen Firmenwagen zur Verfügung gestellt. Wird der Firmenwagen nicht in Anspruch genommen, wird der Gegenwert vergütet. Der Gesamtvorstand erhält eine variable Vergütung (Tantieme), die am operativen Ergebnis anknüpft und vom Vorstand aufzuteilen ist und durch den Aufsichtsrat genehmigt wird.

Vergütung des Aufsichtsrats

Die Tätigkeit des Aufsichtsrats wird durch Sitzungsgelder vergütet. Diese betragen für den Vorsitzenden EUR 1.500,

den stellvertretenden Vorsitzenden EUR 1.125 und die weiteren Mitglieder EUR 750 pro Sitzung.

ANGABEN ZUR KAPITALSTRUKTUR – ÜBERNAHMERELEVANTE INFORMATIONEN

Zusammensetzung des Grundkapitals

Das Grundkapital beträgt EUR 2.241,428,00. Das Grundkapital ist eingeteilt in 2.241.428 auf den Inhaber lautende nennwertlose Stückaktien. Der rechnerische Nennbetrag pro Aktie beträgt EUR 1,00. Jede Stückaktie gewährt eine Stimme. Alle Rechte und Pflichten ergeben sich aus dem Aktiengesetz, insbesondere aus den §§ 12, 133 und 174.

Beteiligungen am Grundkapital der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG

Großaktionär der Gesellschaft ist seit dem 19. Dezember 2007 die Augur Financial Holding Zwei GmbH & Co. KG, Frankfurt, welche zum Bilanzstichtag 81,99% der Stückaktien hielt. Die sonstigen Anteile befinden sich in Streubesitz. Zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Lageberichtes hat der Großaktionär seine gesetzliche Verpflichtung erfüllt und den außenstehenden Aktionären der Gesellschaft ein Übernahmeangebot in Höhe von EUR 10,14 je Aktie unterbreitet, welches bis zum 11. März 2008 befristet war.

Der Großaktionär erwarb seine Anteile von der ThomasLloyd AG, Stuttgart, welche bis zum 18. Dezember 2007 Großaktionärin unserer Gesellschaft war.

Gesetzliche Vorschriften und Satzungsbestimmungen über die Ernennung und Abberufung von Vorstandsmitgliedern und über Satzungsänderungen

Hinsichtlich der gesetzlichen Vorschriften für die Bestellung und Abberufung von Mitgliedern des Vorstands verweisen wir auf die §§ 84, 85 AktG und hinsichtlich der gesetzlichen Vorschriften für die Änderung der Satzung auf §§ 133, 179 AktG.

Die Satzung der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG bestimmt Folgendes:

Die Hauptversammlung fasst ihre Beschlüsse mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen, soweit das Gesetz nicht zwingend etwas anderes vorschreibt. Dabei gilt Stimmenthaltung nicht als Stimmabgabe. Sofern das Gesetz außer der Stimmenmehrheit eine Kapitalmehrheit vorschreibt, ist, sofern das Gesetz nicht zwingend weitergehende Erfordernisse aufstellt, außer der Mehrheit der

abgegebenen Stimmen eine Mehrheit von $\frac{3}{4}$ des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals erforderlich.

Befugnisse des Vorstands zur Ausgabe und zum Rückkauf von Aktien

Informationen zu den Befugnissen des Vorstands, Aktien auszugeben oder zurückzukaufen, sind im Anhang des Jahresabschlusses unter dem Punkt „Eigenkapital“ aufgeführt.

Der Vorstand wurde durch die Hauptversammlung vom 30. August 2005 zu einer Kapitalerhöhung (genehmigtes Kapital 2005) ermächtigt. Der Vorstand ist hierbei ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrates über den Ausschluss des Bezugsrechtes zu entscheiden.

Das Bezugsrecht kann ausgeschlossen werden:

- um Spitzenbeträge vom Bezugsrecht der Aktionäre auszunehmen,
- bei Kapitalerhöhungen gegen Sacheinlagen zur Gewährung von Aktien zum Zwecke des Erwerbs von Unternehmen, Unternehmensteilen oder Beteiligungen an Unternehmen,
- bei Kapitalerhöhungen gegen Bareinlagen, wenn der Ausgabebetrag der Aktien den Börsenpreis der bereits börsennotierten Aktien gleicher Gattung und Ausstattung nicht wesentlich im Sinne der §§ 203 Abs. 1 und 2, 186 Abs. 3 Satz 4 unterschreitet und die unter Ausschluss des Bezugsrechts ausgegebenen Aktien insgesamt 10 % des Grundkapitals nicht überschreiten, und zwar weder im Zeitpunkt der Erteilung oder im Zeitpunkt des Wirksamwerdens noch im Zeitpunkt der Ausübung dieser Ermächtigung,
- um Inhabern von Wandel- und/oder Optionsschuldverschreibungen, die von der Gesellschaft ausgegeben werden, ein Bezugsrecht auf neue Aktien in dem Umfang zu gewähren, wie es ihnen nach Ausübung ihres Wandlungs- bzw. Optionsrechts zustehen würde, jedoch nur, soweit die Aktien nicht bereits aufgrund eines bedingten Kapitals gewährt werden können.

Wesentliche Vereinbarungen, die unter der Bedingung eines Kontrollwechsels infolge eines Übernahmeangebots stehen

Die SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG hat keine wesentlichen Vereinbarungen getroffen, die unter der Bedingung eines Kontrollwechsels infolge eines Übernahmeangebots stehen. Auch wurden den Mitgliedern des Vorstands und Arbeitnehmern keine Entschädigungen im Falle eines Übernahmeangebots zugestanden.

BESONDERE EREIGNISSE NACH SCHLUSS DES GESCHÄFTSJAHRES

Gerichtliche Bestellung eines Aufsichtsrates

Die Herren Dr. Zahn und Dr. Frodermann haben ihre Aufsichtsratsmandate im Dezember 2007 niedergelegt. Als Nachfolger für die Herren bestellte das Registergericht im Januar 2008 die Herren Günter Skrzypek sowie Dr. Thomas Schmitt für die Zeit bis zur nächsten Hauptversammlung zu neuen Aufsichtsräten der Gesellschaft.

AUSBLICK

Die Entwicklung der letzten Wochen hat zu starker Verunsicherung an den weltweiten Börsen geführt. Gerade seit Jahresbeginn, an dem im Januar allein der DAX fast seinen gesamten Vorjahresgewinn verlor, hat sich die Stimmung an den Märkten komplett gedreht. Gab es im Dezember des Vorjahres erste Anzeichen von Zurückhaltung der Anleger, so entwickelte sich im ersten Quartal 2008 eine regelrechte Abgabewelle von Aktien.

Es ist nicht mehr auszuschließen, dass die Weltwirtschaft, ausgelöst durch die US-Hypothekenkrise Rezessionstendenzen ausbildet. Dies würde die Aktienmärkte wesentlich und vor allem nachhaltig belasten. Insbesondere hinterfragt werden die Bewertungsmaßstäbe der sogenannten Emerging Markets, die sich nur durch weiteres, hohes Wirtschafts- und Gewinnwachstum rechtfertigen lassen würden. Diese waren jedoch in den letzten Jahren die Gewinner an den Weltmärkten und haben daher das größte Korrekturpotential in einer sich fortsetzenden Abwärtsbewegung.

Die derzeitige Abhängigkeit vom Wertpapierhandelsgeschäft würde in einem solchen Krisenszenario auch zu nachhaltigen Ertragsproblemen in unserer Gesellschaft führen.

Daher sieht der Vorstand seine Hauptaufgabe weiterhin darin, die Ertragsabhängigkeit vom zyklischen Wertpapierhandel zu reduzieren. Dies soll durch den Eintritt in das Endkundengeschäft im Laufe dieses Geschäftsjahres erfolgen. Zum einen plant die Gesellschaft die Etablierung einer endkundenbezogenen Handelsplattform. Zum anderen soll die wieder erteilte Lizenz für den Betrieb der Finanzportfolioverwaltung mit maßvollen Investitionen aufgebaut werden.

Es bestehen zwar weiterhin Unsicherheiten hinsichtlich einer möglichen Belastung aus dem Schadensfall Phoenix, doch ist die Gesellschaft zuversichtlich, für zukünftig zu

erwartende Belastungen ausreichende Rückstellungen gebildet zu haben. Neben diesen konkreten Rückstellungen hat die Gesellschaft darüber hinaus den Fonds für allgemeine Bankrisiken mit EUR 2,2 Mio. dotiert.

Der Vorstand betrachtet es aufgrund der aktuellen Marktlage als unwahrscheinlich, für das Jahr 2008 ein operatives Ergebnis in Vorjahreshöhe erreichen zu können. Der Verlauf des ersten - historisch regelmäßig stärksten - Quartals des laufenden Geschäftsjahres bestätigt diese unerfreuliche Prognose.

Unabhängig von dieser Ergebnisschätzung bleibt der Vorstand bei der Auffassung, vertragliche Bindungen sowohl an Handelspartner, Zulieferer und Mitarbeiter nur noch überschaubar und kurzfristig kündbar einzugehen. Dies sorgt für die notwendige Flexibilität, um bei nachhaltigen Veränderungen des Marktes schnell reagieren und Strukturen innerhalb der Gesellschaft jederzeit anpassen zu können.

Die anziehende Börsenkonjunktur in den letzten Jahren hat in unserer Gesellschaft den Bedarf an Handelsfachpersonal erhöht. Die Gewinnung erfahrener Mitarbeiter zu tragfähigen Konditionen ist jedoch nicht einfach. Daher wird vor allem verstärkt durch Prozessautomatisierung und Systemunterstützung dafür Sorge getragen, dass die Mitarbeiterzahl überschaubar bleibt und trotzdem eine weiterhin hohe Qualität im Rahmen der Maklertätigkeit gewährleistet ist.

Auch an der Überzeugung des Vorstandes, dass für eine weitere erfolgreiche Positionierung der Gesellschaft im Wettbewerb eine gute Kapitalausstattung notwendig ist, hat sich nichts geändert. Nur eine ausreichende Eigenkapitalbasis erlaubt es, die anstehenden Diversifikationsmaßnahmen erfolgreich durchführen zu können. Zudem ist eine gute Eigenkapitalausstattung auch für die Wahrung der Überlebensfähigkeit in einer länger anhaltende Konsolidierungsphase unerlässlich.

SCHLUSSERKLÄRUNG DES ABHÄNGIGKEITSBERICHTS

Der Vorstand erklärt, dass die SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG bei den im Bericht über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen aufgeführten Rechtsgeschäften nach Umständen, die dem Vorstand in dem Zeitpunkt, in dem die Rechtsgeschäfte vorgenommen wurden, bekannt waren, eine angemessene Gegenleistung erhalten hat. Die Gesellschaft ist nicht benachteiligt worden. Berichtspflichtige Maßnahmen haben im Geschäftsjahr nicht vorgelegen.

Düsseldorf, den 28. März 2008

SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG
Der Vorstand

Florian Weber Markus Baukenkrodt Michael von Busse

Berichtigter Jahresabschluss 2007



BERICHTIGTE BILANZ ZUM 31.12.2007

BERICHTIGTE GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG 2007

BERICHTIGTER ANHANG FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2007

Berichtigte Bilanz zum 31. Dezember 2007

AKTIVA		Stand am 31.12.2007	Stand am 31.12.2006
EUR		EUR	TEUR
1.	Barreserve Kassenbestand	127,33	0
2.	Forderungen an Kreditinstitute		
	a) täglich fällig	3.396.850,11	2.516
	b) andere Forderungen	<u>90.439,53</u>	<u>30</u>
		3.487.289,64	2.546
3.	Forderungen an Kunden	367.489,48	178
	darunter:		
	an Finanzdienstleistungsinstituten		
	EUR 0,00 (i. V. TEUR 152)		
4.	Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		
	Anleihen und Schuldverschreibungen		
	a) von anderen Emittenten	110.750,00	0
	darunter:		
	beleihbar bei der Deutschen Bundesbank		
	EUR 0,00 (i. V. TEUR 0)		
5.	Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	7.289.885,11	2.668
6.	Beteiligungen	1,00	0
	darunter:		
	an Kreditinstituten EUR 0,00 (i. V. TEUR 0)		
	an Finanzdienstleistungsinstituten EUR 0,00 (i. V. TEUR 0)		
7.	Treuhandvermögen	20.736,75	26
8.	Immaterielle Anlagewerte	125.327,00	32
9.	Sachanlagen	341.643,99	163
10.	Sonstige Vermögensgegenstände	123.909,26	681
11.	Rechnungsabgrenzungsposten	29.142,56	11
Summe Aktiva		11.896.302,12	6.305

PASSIVA			Stand am 31.12.2007 EUR	Stand am 31.12.2006 TEUR
	EUR	EUR		
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
a) täglich fällig			3.095.687,41	33
2. Treuhandverbindlichkeiten			20.736,75	27
3. Sonstige Verbindlichkeiten			1.165.008,33	462
4. Rechnungsabgrenzungsposten			0,00	1
5. Rückstellungen				
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		108.756,00		103
b) Steuerrückstellungen		181.778,30		176
c) andere Rückstellungen		<u>1.114.227,51</u>		<u>1.395</u>
			1.404.761,81	1.674
6. Nachrangige Verbindlichkeiten			0,00	650
7. Fonds für allgemeine Bankrisiken			2.180.000,00	0
8. Eigenkapital				
a) gezeichnetes Kapital		2.241.428,00		2.131
b) Kapitalrücklage		440.001,00		0
c) Gewinnrücklagen				
ca) gesetzliche Rücklagen	66.328,91			67
cb) andere Gewinnrücklagen	<u>260.249,38</u>	326.578,29		630
d) Bilanzgewinn		<u>1.022.100,53</u>		<u>630</u>
			4.030.107,82	3.458
Summe Passiva			11.896.302,12	6.305

Berichtigte Gewinn- und Verlustrechnung vom 01.01.2007 bis 31.12.2007

	EUR	2007 EUR	EUR	2006 TEUR	TEUR
1. Zinserträge aus					
a) Kredit - und Geldmarktgeschäften		41.903,01		45	
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen		<u>10.326,47</u>	52.229,48	<u>36</u>	81
2. Zinsaufwendungen			<u>97.912,82</u>		<u>50</u>
			-45.683,34		31
3. Laufende Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren			230.354,70		362
4. Provisionserträge	6.607.370,42			5.245	
davon:					
Courtageerträge Euro 6.445.323,46 (i. V. TEUR 5.245)					
5. Provisionsaufwendungen	<u>2.075.144,40</u>	4.532.226,02		<u>1.625</u>	3.620
davon:					
Courtageaufwendungen Euro 2.069.181,43 (i. V. TEUR 1.590)					
6. Nettoertrag aus Finanzgeschäften					
a) Ertrag aus Finanzgeschäften	27.122.823,25			16.549	
davon:					
aa) Wertpapiere Euro 7.672.243,64 (i. V. TEUR 3.735)					
ab) Futures Euro 22.375,51 (i. V. TEUR 12)					
ac) Optionen Euro 455.431,37 (i. V. TEUR 22)					
ad) Kursdifferenzen aus Aufgabengeschäften Euro 18.972.772,73 (i. V. TEUR 12.780)					
b) Aufwand aus Finanzgeschäften	<u>23.647.815,96</u>	3.475.007,29		<u>13.407</u>	3.142
davon:					
ba) Wertpapiere Euro 9.322.760,42 (i. V. TEUR 3.876)					
bb) Futures Euro 167.645,00 (i. V. TEUR 11)					
bc) Optionen Euro 247.653,18 (i. V. TEUR 8)					
bd) Kursdifferenzen aus Aufgabengeschäften Euro 13.909.757,36 (i. V. TEUR 9.512)					

	EUR	2007 EUR	EUR	2006 TEUR	TEUR
7. Sonstige betriebliche Erträge			280.899,28		936
8. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen					
a) Personalaufwand					
aa) Löhne und Gehälter	3.232.217,04			2.545	
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	<u>237.705,44</u>			<u>204</u>	
darunter: für Altersversorgung Euro 5.551,00 (i. V. TEUR 6)		3.469.922,48		2.749	
b) andere Verwaltungsaufwendungen		<u>2.464.210,93</u>	5.934.133,41	<u>2.779</u>	5.528
9. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagenwerte und Sachanlagen			144.352,97		98
10. Sonstige betriebliche Aufwendungen			9.561,92		11
11. Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken			<u>2.180.000,00</u>		<u>0</u>
12. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			204.755,65		2.454
13. Außerordentliche Erträge			100.000,00	0	
14. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		278.341,25		261	
15. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 10 ausgewiesen		4.313,87	<u>282.655,12</u>	<u>0</u>	<u>261</u>
16. Jahresüberschuss			22.100,53		2.193
17. Verlustvortrag aus dem Vorjahr			0		-867
18. Entnahmen aus Gewinnrücklagen					
a) aus anderen Gewinnrücklagen			1.000.000		
19. Einstellungen in Gewinnrücklagen					
a) in die gesetzliche Rücklage		0			66
b) in andere Gewinnrücklagen		<u>0</u>	<u>0</u>		<u>630</u>
20. Bilanzgewinn			1.022.100,53		630



Berichtigter Anhang für das Geschäftsjahr 2007

A. ALLGEMEINE ANGABEN UND BILANZIERUNGSÄNDERUNGEN

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2007 der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG wurde nach den allgemeinen Vorschriften des HGB, des AktG sowie nach der für Kreditinstitute und für Finanzdienstleistungsinstitute geltenden Verordnung über die Rechnungslegung der Kredit- und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) aufgestellt.

Die Gliederung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung erfolgt entsprechend § 2 RechKredV nach Formblatt 1 und 3. Vom Wahlrecht des § 265 Abs. 8 HGB wurde aus Gründen der Übersichtlichkeit Gebrauch gemacht.

Im Geschäftsjahr 2007 wurde erstmals der Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB dotiert, der das Ergebnis entsprechend verschlechterte.

B. BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGS-GRUNDSÄTZE

1. Allgemeines

Der Jahresabschluss wurde unter Berücksichtigung der Verwendung des Jahresergebnisses aufgestellt.

Geschäfte in **fremder Währung** wurden im Geschäftsjahr 2007 in geringfügigem Umfang zur Abwicklung von kundeninduzierten Wertpapiergeschäften getätigt. Die Währungsumrechnung erfolgte gemäß § 340h HGB. Der Gesamtbetrag der Vermögensgegenstände, die zum Bilanzstichtag auf fremde Währung lauten, beträgt TEUR 265 in den Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren. Der Gesamtbetrag der Verbindlichkeiten, die zum Bilanzstichtag auf fremde Währung lauten, beträgt TEUR 950 in den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.

Forderungen an Kreditinstitute und an Kunden sind mit dem Nennwert ausgewiesen.

Die im Bestand befindlichen **Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere** sowie **Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere** sind dem Handelsbestand zugeordnet und unter Beachtung des strengen Niederstwertprinzips bilanziert. Als Anschaffungskosten wurden dabei die gewichteten, durchschnittlichen Anschaffungskosten herangezogen. Die Bewertung der börsennotierten Wertpapiere erfolgte mit den Jahres-

schlusskursen in absteigender Folge der liquidesten Märkte. Die nicht börsennotierten Wertpapiere wurden mit den letzten Geldkursen im außerbörslichen Telefonhandel, bei Nichtvorliegen von aktuellen Kursen mit den Kursen des letzten Umsatzes bewertet, soweit nicht ein niedrigerer Ansatz angezeigt war.

Die **Beteiligungen** werden mit dem am Abschlussstichtag niedrigeren beizulegenden Wert angesetzt.

Immaterielle Anlagewerte und **Sachanlagen** wurden zu Anschaffungskosten abzüglich planmäßiger, nutzungsbedingter Abschreibungen bilanziert. Die planmäßigen Abschreibungen erfolgen linear mit den steuerlich zulässigen Sätzen. Geringwertige Wirtschaftsgüter werden im Zugangsjahr in voller Höhe abgeschrieben und als Abgang behandelt.

Die **sonstigen Vermögensgegenstände** wurden zum Nennwert angesetzt. Die Aktivwerte der Rückdeckungsversicherungen wurden mit dem Deckungskapital gemäß Schreiben der Versicherung bilanziert.

Die **Verbindlichkeiten** wurden zu Rückzahlungsbeträgen angesetzt.

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen wurden nach versicherungsmathematischen Grundsätzen mit dem Teilwert unter Berücksichtigung eines Zinssatzes von 6 % angesetzt. Bei der Berechnung wurden die Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck zu Grunde gelegt.

Die **anderen Rückstellungen** wurden für alle weiteren ungewissen Verbindlichkeiten gebildet. Dabei wurden alle erkennbaren Risiken berücksichtigt. Sie sind mit dem vorsichtig geschätzten Erfüllungsbetrag bewertet. Die Rückstellung für den Sonderbeitrag der Entschädigungseinrichtung der Wertpapierhandelsunternehmen, Berlin, für den Entschädigungsfall Phoenix wurde in Höhe des letzten Beitragsanteils der Gesellschaft im Verhältnis zum Jahresbeitragsaufkommen der Entschädigungseinrichtung der Wertpapierhandelsunternehmen, Berlin, in Relation zum geschätzten Schadensvolumen unter Berücksichtigung der erwarteten Entwicklung der Beitragsvolumen der Mitglieder und der eigenen Bemessungsgrundlage bewertet.

2. Entsprechenserklärung gemäß § 161 AktG und § 285 Nr. 16 HGB

Vorstand und Aufsichtsrat haben letztmals im Dezember 2007 erklärt, dass den vom Bundesministerium der Justiz

im amtlichen Teil des Bundesanzeigers bekannt gemachten Empfehlungen der „Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex“ mit wenigen Ausnahmen entsprochen wird. Diese sind auf der Internetseite der Gesellschaft veröffentlicht und dauerhaft abrufbar.

C. ERLÄUTERUNGEN ZUR BILANZ UND GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

I. BILANZ

1. Fristengliederung bestimmter Bilanzposten nach Restlaufzeiten gemäß § 9 RechKredV

Die **anderen Forderungen an Kreditinstitute** in Höhe von TEUR 90 haben eine Restlaufzeit von bis zu drei Monaten.

2. Forderungen an Kunden

Die Forderungen an Kunden beinhalten im Wesentlichen Provisionsforderungen (TEUR 364).

3. Wertpapiere

Für die zum Bilanzstichtag im Bestand befindlichen Wertpapiere ergibt sich gemäß § 35 Abs. 1 Nr. 1 RechKredV folgende Aufgliederung:

	Buchwert TEUR	davon börsen- notiert TEUR	davon nicht börsen- notiert TEUR
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	111	111	0
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	7.290	6.991	299
Beteiligungen	0	0	0
	7.401	7.102	299

4. Anteilsbesitz

Für den Anteilsbesitz per 31. Dezember 2007 wurde der letzte vorliegende Jahresabschluss der Gesellschaft erfasst:

	Beteili- gungs- quote %	Eigen- kapital TEUR	Ergebnis TEUR	Jahres- abschluss per	Buch- wert- zum 31.12.07 TEUR
econia AG i. I., Köln	13,1	1.276	-2.829	31.12.01	0

Die econia AG i. I., Köln, befindet sich im Zeitpunkt der Aufstellung des Anteilsbesitzes unverändert im Insolvenzverfahren.

Aufgrund der Vereinbarungen vom 21. Februar 2003 stehen eventuelle Veräußerungserlöse aus dem Verkauf der Beteiligung den Gläubigerbanken zu, die Forderungsverzichte ausgesprochen haben.

5. Anlagevermögen

Das Anlagevermögen hat sich wie folgt entwickelt:

	Anschaffungskosten			Stand am 31.12.07 TEUR
	Stand am 1.1.2007 TEUR	Zugänge TEUR	Abgänge TEUR	
Beteiligungen	0	0	0	0
Immaterielle Anlagewerte	185	122	20	287
Sachanlagen	1.710	288	276	1.722
	1.895	410	296	2.009

	Abschrei- bungen 2007 TEUR	Kumulierte Abschrei- bungen TEUR	Buchwert am 31.12.07 TEUR
	Beteiligungen	0	0
Immaterielle Anlagewerte	29	162	125
Sachanlagen	108	1.380	342
	137	1.542	467

Die in den Sachanlagen enthaltene Betriebs- und Geschäftsausstattung dient in Höhe von TEUR 255 dem eigenen Geschäftsbetrieb.

6. Treuhandvermögen und -verbindlichkeiten

Das Treuhandvermögen besteht aus Anzahlungen zum Kauf von Wertpapieren, die VL-Sparer im Zusammenhang zwischen den von diesen und der Gesellschaft geschlossenen Wertpapier-Sparverträgen für vermögenswirksame Leistungen auf das Treuhandkonto eingezahlt haben.

7. Sonstige Vermögensgegenstände

Die sonstigen Vermögensgegenstände in Höhe von TEUR 124 enthalten im Wesentlichen Forderungen gegen einen ehemaligen bzw. aktuelle Mitarbeiter (TEUR 62) und Forderungen aus Steuern (TEUR 49).

8. Sonstige Verbindlichkeiten

Die sonstigen Verbindlichkeiten in Höhe von TEUR 1.165 enthalten im Wesentlichen mit TEUR 366 offene Rechnungen

aus Lieferungen und Leistungen, mit TEUR 356 Verbindlichkeiten aus Lohn und Gehalt und mit TEUR 310 Verbindlichkeiten für EdW-Sonderbeiträge.

9. Steuerrückstellungen

In den Steuerrückstellungen sind die Körperschaftsteuer (TEUR 57) und die Gewerbesteuer (TEUR 124) für das laufende Wirtschaftsjahr berücksichtigt.

10. Andere Rückstellungen

Die anderen Rückstellungen in Höhe von TEUR 1.114 entfallen im Wesentlichen mit TEUR 602 auf Beiträge (davon TEUR 590 für EdW-Sonderbeiträge für den Entschädigungsfall Phoenix), mit TEUR 337 auf Tantiemen sowie mit TEUR 93 auf Jahresabschluss- und Prüfungskosten.

11. Nachrangige Verbindlichkeit

Ein von der Arnor Beteiligungs GmbH, Hamburg (vormals DMS Deutsche Maklerservice Holding AG, Hamburg) mit Vertrag vom 7./11. Juli 2003 gewährtes nachrangiges Darlehen wurde mit Einbringungsvertrag vom 25. Februar/ 5. März 2007 im Rahmen der mit Beschluss des Vorstands vom 13. Februar 2007 durchgeführten Sachkapitalerhöhung eingebracht. Als Gegenleistung für das eingebrachte Darlehen gewährte SCHNIGGE der einbringenden Arnor Beteiligungs GmbH, Hamburg, 110.000 Stückaktien zum Ausgabebetrag von EUR 5,00 je neuer Aktie. Der Gesamtausgabebetrag umfasste somit EUR 550.000,00. Es entstand ein außerordentlicher Ertrag in Höhe von TEUR 100.

Aufwendungen für das nachrangige Darlehen sind nicht angefallen, da dieses zinslos gewährt wurde.

12. Fonds für allgemeine Bankrisiken

Zur Vorsorge von Marktpreisrisiken aus Handelsgeschäften und operativen Risiken wurde der Fonds für allgemeine Bankrisiken dotiert.

13. Eigenkapital

Entwicklung des Grundkapitals

Mit Vorstandsbeschluss vom 13. Februar 2007 wurde beschlossen, das Grundkapital um EUR 110.000,00 auf EUR 2.241.428,00 durch Sacheinlage unter Ausgabe von 110.000 neuen, auf den Inhaber lautenden Stückaktien, die anteilig am Grundkapital mit je EUR 1,00 beteiligt sind, zu erhöhen. Die Eintragung im Handelsregister erfolgte am 11. April 2007.

Aktiengattungen

Das Grundkapital der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG setzt sich am Bilanzstichtag zusammen aus 2.241.428,00 Stückaktien mit einem rechnerischen Nennbetrag von EUR 1,00 je Aktie.

Kapitalrücklage

Die Kapitalrücklage resultiert mit EUR 440.000,00 aus der im Rahmen der Sachkapitalerhöhung erfolgten Ausgabe von 110.000 neuen Stückaktien zu einem Ausgabepreis von EUR 5,00 je Aktie (§ 272 Abs. 2 Nr. 1 AktG). Weiterhin resultiert EUR 1,00 aus der Herabsetzung des Grundkapitals im Geschäftsjahr 2005 durch Einziehung einer Inhaberstückaktie in vereinfachter Form nach § 237 Abs. 3 Nr. 1 AktG.

Gesetzliche Rücklage

Nach § 150 Abs. 1 AktG ist eine gesetzliche Rücklage zu bilden. Diese beträgt, da die Satzung keinen höheren Wert bestimmt hat, 10 % des Grundkapitals (§ 150 Abs. 2 AktG).

Mit Bildung der Kapitalrücklage nach § 272 Abs. 2 Nr. 1 AktG ist der nach § 150 Abs. 2 AktG zu dotierende Betrag der gesetzlichen Rücklage erreicht.

Andere Gewinnrücklagen

Die anderen Gewinnrücklagen haben sich wie folgt entwickelt:

Stand zum 1.1.2007	EUR	630.124,69
Einstellung gemäß Beschluss der Hauptversammlung vom 22.8.2007		630.124,69
Entnahme aus den Gewinnrücklagen		-1.000.000,00
Stand zum 31.12.2007	EUR	260.249,38

Genehmigtes Kapital

Der Vorstand der Gesellschaft ist zu folgenden Kapitalerhöhungen ermächtigt:

Mit Beschluss der ordentlichen Hauptversammlung vom 30. August 2005 wurde der Vorstand ermächtigt, das Grundkapital bis zum Ablauf des 30. August 2010 mit Zustimmung des Aufsichtsrates durch Ausgabe neuer Aktien gegen Bar- und/oder Sacheinlage einmalig oder mehrmals um bis zu EUR 1.065.714,00 zu erhöhen (**Genehmigtes Kapital**). Der Vorstand entscheidet mit Zustimmung des Aufsichtsrates über den Ausschluss eines Bezugsrechts der Aktionäre. Die Eintragung in das Handelsregister erfolgte am 20. September 2005. Mit Vor-

standsbeschluss vom 13. Februar 2007 und Zustimmung des Aufsichtsrates vom 1. März 2007 wurde ein Teilbetrag des genehmigten Kapitals in Höhe von EUR 110.000,00 zur Erhöhung des Grundkapitals gegen Sacheinlagen durch Ausgabe von 110.000 auf den Inhaber lautenden Stückaktien mit einem Nennbetrag von EUR 1,00 verwendet. Nach der teilweisen Verwendung besteht zum 31. Dezember 2007 noch ein genehmigtes Kapital in Höhe von EUR 955.714,00. Die Eintragung der Kapitalerhöhung im Handelsregister erfolgte am 11. April 2007.

Bedingtes Kapital

Zudem wurde der Vorstand durch die Hauptversammlung vom 30. August 2005 ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrates eine **bedingte Kapitalerhöhung** von bis zu EUR 1.065.714,00 durchzuführen. Das bedingte Kapital dient der Absicherung der ebenfalls durch die Hauptversammlung vom 30. August 2005 erteilten Ermächtigung des Vorstands mit Zustimmung des Aufsichtsrats bis zum 30. August 2010 einmalig oder mehrmals auf den Inhaber lautende Wandel- und/oder Optionsschuldverschreibungen in einem Gesamtbetrag von bis zu EUR 5,0 Mio. mit einer Laufzeit von längstens zehn Jahren zu begeben, die den Inhabern bzw. Gläubigern Umtausch- bzw. Bezugsrechte auf bis zu 1.065.714 neue Inhaberaktien mit einem anteiligen Betrag am Grundkapital von bis zu EUR 1.065.714,00 gewähren.

14. Beteiligungen an der Gesellschaft gemäß § 21 WpHG

Die ThomasLloyd AG, Stuttgart, hat mit Schreiben vom 19. Dezember 2007 gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihre Stimmrechtsanteile an unserer Gesellschaft die Schwellen von 75%, 50%, 30%, 25%, 15%, 10%, 5% und 3% unterschritten haben und zu diesem Tag 0% der Stimmrechte betragen.

Die Augur Financial Holding Zwei GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main, hat mit Schreiben vom 21. Dezember 2007 gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihre Stimmrechte an unserer Gesellschaft am 19. Dezember 2007 die Schwellen von 3%, 5%, 10%, 15%, 25%, 30%, 50%, 75% überschritten haben und nunmehr 81,17% betragen.

Im Rahmen des Großaktionärswechsels wurde sowohl die Veräußerung durch die ThomasLloyd AG, Stuttgart, als auch der Erwerb durch die Augur Financial Holding Zwei GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main, entsprechend § 26 Abs. 1 WpHG unverzüglich am 27. Dezember bzw. am 28. Dezember 2007 veröffentlicht und der BaFin mitgeteilt.

II. GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

1. Sonstige betriebliche Erträge

Der Posten enthält im Wesentlichen mit TEUR 145 Erträge aus der Weiterbelastung von Kosten im Rahmen eines Nachteilsausgleichs nach § 311 AktG, mit TEUR 31 Erträge aus der Pkw-Nutzung sowie mit TEUR 25 Erträge aus der Erstattung von Prozesskosten.

2. Periodenfremde Erträge

Die sonstigen betrieblichen Erträge enthalten TEUR 17 aus der Auflösung von Rückstellungen, TEUR 10 aus einer Massekostenerstattung, TEUR 10 Zinserstattung für Vorjahre und TEUR 8 aus der Erstattung von Beiträgen der Vorjahre.

3. Außerordentliche Erträge

Der außerordentliche Ertrag resultiert aus der Auflösung des nachrangigen Darlehens aus der in 2007 erfolgten Kapitalerhöhung.

4. Honorare für Prüfungs- und Beratungsleistungen

Nach § 285 Satz 1 Nr. 17 HGB sind folgende als Aufwand erfasste Honorare für den Abschlussprüfer des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2007 angefallen:

a) Abschlussprüfung	TEUR 79
b) Sonstige Bestätigungs- oder Bewertungsleistungen	TEUR 0
c) Steuerberatungsleistungen	TEUR 0
d) Sonstige Leistungen	TEUR 14

D. SONSTIGE ANGABEN

1. Haftungsverhältnisse

Entsprechend dem Börsengesetz wurden gegenüber diversen deutschen Börsen sowie gegenüber der Deutschen Börse AG wegen Teilnahme am XETRA-Handel Sicherheiten in Form von Avalen bei der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG, Düsseldorf, in Höhe von TEUR 1.750 sowie darüber hinaus Mietavale von TEUR 80 geleistet. Hierfür wurden die laufenden Guthabenkonten, das Festgeldkonto sowie sämtliche Depots verpfändet.

Durch Vereinbarungen vom 21. Februar 2003 stehen eventuelle Veräußerungserlöse aus dem Verkauf von zu diesem Zeitpunkt bestehenden Beteiligungen der Gesellschaft zwei Gläubigerbanken zu.

Märkte, die sich aus organisatorischer Sicht wesentlich voneinander unterscheiden (§ 34 Abs. 2 RechKredV), liegen nicht vor.

2. Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Sonstige finanzielle Verpflichtungen bestehen zum Bilanzstichtag aus langfristigen Miet- und Leasingverträgen in Höhe von TEUR 1.468. Verpflichtungen aus Aufgabengeschäften bestanden zum Bilanzstichtag nicht.

3. Derivative Finanzinstrumente und Finanzanlagen

Derivative Finanzinstrumente in Form von Call-Optionen bestanden zum Bilanzstichtag in Höhe von TEUR 98. Diese sind unter den „Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere“ ausgewiesen. Die Bewertung erfolgte zum Börsenpreis am Bilanzstichtag, der dem beizulegenden Wert entspricht.

Es besteht kein Finanzanlagevermögen, das über seinem Zeitwert ausgewiesen wird (§ 285 Satz 1 Nr. 19 HGB).

4. Organmitglieder und deren Bezüge

Mitglieder des **Aufsichtsrats** der Gesellschaft:

Günther Peter Skrzypek, Vorstand, (Vorsitzender), Oberursel (ab 3. Januar 2008)
 zugleich Aufsichtsratsmitglied der
 DEV A/S, Kopenhagen/Dänemark
 Keyhaven Capital Ltd., London/Großbritannien
 PCI AG, Frankfurt am Main
 zugleich Beiratsmitglied der
 EWABO Chemikalien GmbH & Co. KG, Wietmarschen
 Wink Stanzwerkzeuge GmbH & Co. KG, Neuenhaus
 zugleich Verwaltungsratsmitglied der
 Augur Capital Advisors S.A., Luxemburg/Luxemburg
 Augur Financial Opportunity SICAV,
 Luxemburg/Luxemburg

Herr Skrzypek wurde mit Beschluss des Amtsgerichts Düsseldorf vom 3. Januar 2008 als Mitglied des Aufsichtsrats bestellt.

Dr. Thomas Schmitt, Vorstand, (stellvertretender Vorsitzender), Königstein (ab 3. Januar 2008)
 zugleich Verwaltungsratsmitglied der
 Augur Capital Advisors S.A., Luxemburg/Luxemburg
 Augur Financial Opportunity SICAV,
 Luxemburg/Luxemburg

Herr Dr. Schmitt wurde mit Beschluss des Amtsgerichts Düsseldorf vom 3. Januar 2008 als Mitglied des Aufsichtsrats bestellt.

Anthony Michael Coveney, Investmentbanker, Ralgate/Großbritannien (ab 22. August 2007)
 zugleich Verwaltungsratsmitglied der
 ThomasLloyd Global Asset Management (Schweiz) AG,
 Zürich/Schweiz
 ThomasLlyod Global Asset Management Holding AG,
 Zug/Schweiz

Herr Coveney wurde mit Beschluss der Hauptversammlung am 22. August 2007 als Mitglied des Aufsichtsrats gewählt. Zusätzlich erfolgte die Bestellung mit Beschluss des Amtsgerichts Düsseldorf. Die gerichtliche Parallelbestellung ist zum 11. Januar 2008 aufschiebend bedingt wirksam geworden.

Dr. Frank Zahn, Rechtsanwalt, (Vorsitzender), Berlin (bis 14. Dezember 2007)
 zugleich Aufsichtsratsmitglied der
 Tradinghouse.net AG, Berlin
 zugleich Beiratsmitglied der
 Gustav Pegel & Sohn GmbH, Berlin

Herr Dr. Zahn hat sein Amt als Aufsichtsratsmitglied mit Wirkung zum 14. Dezember 2007 niedergelegt.

Dr. Jürgen Frodermann, Rechtsanwalt, (stellvertretender Vorsitzender), Düsseldorf (bis 13. Dezember 2007)
 zugleich Aufsichtsratsmitglied der
 ACM Advanced Capital Management AG, Aachen
 ComS.I.T. AG, München
 Incam AG, Kaarst
 KEP Consulting AG, Bad Soden
 financialbot.com AG, Meerbusch
 zugleich Beiratsmitglied der
 Victoria Beratungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main

Herr Dr. Frodermann hat sein Amt als Aufsichtsratsmitglied mit Wirkung zum 13. Dezember 2007 niedergelegt.

Dipl.-oec. T. U. Michael Sieg, Kaufmann, Zürich/Schweiz (bis 15. Januar 2007)
 zugleich Aufsichtsratsmitglied der
 ThomasLloyd AG, Stuttgart -Vorsitzender-
 ThomasLloyd Investments AG, Wien/Österreich -
 Vorsitzender-
 zugleich Mitglied des Verwaltungsrats der
 ThomasLloyd Global Asset Management AG,
 Vaduz/Liechtenstein
 ThomasLloyd Global Advisors AG, Vaduz/Liechtenstein
 ThomasLloyd Global Asset Management Holding AG,
 Zug/Schweiz
 ThomasLloyd Global Asset Management (Schweiz) AG,
 Zürich/Schweiz

Herr Sieg hat sein Amt als Aufsichtsratsmitglied mit Wirkung vom 15. Januar 2007 niedergelegt.

Alexander Kersting, Senior Investment Director, Frankfurt am Main (ab 22. Februar 2007 bis 22. August 2007) zugleich Aufsichtsratsmitglied der Informica Reit AG, Reichenbach -Vorsitzender- TON Art AG, Düsseldorf n. rims AG, Oberursel Tauris Solar AG, Düsseldorf -Vorsitzender- Travel 24.com AG, München Informica real invest AG, Reichenberg -Vorsitzender-

Herr Kersting wurde mit Beschluss des Amtsgerichts Düsseldorf vom 22. Februar 2007 zum Mitglied des Aufsichtsrats bestellt. Sein Mandat endete mit Ablauf der Hauptversammlung am 22. August 2007.

Von einer Gesellschaft, bei der einer der Aufsichtsratsmitglieder Partner ist, wurden im Geschäftsjahr 2007 Rechtsberatungsleistungen in Höhe von TEUR 29 inkl. Umsatzsteuer erbracht.

Es liegen keine gewährten Kredite oder Vorschüsse für die Mitglieder des Aufsichtsrates vor.

Mitglieder des **Vorstandes** der Gesellschaft:

Florian Weber, Wülfrath (Vorsitzender) verantwortlich für: Marketing/Internet, Öffentlichkeitsarbeit, Handel

Markus Baukenkrodt, Meerbusch verantwortlich für: Börseneinführungen, Endkundengeschäft, Finanzen/Controlling zugleich Aufsichtsratsmitglied der DGFx Trading AG, Düsseldorf.

Michael von Busse, Hamburg verantwortlich für: Organisation und Verwaltung, Personal, EDV, Interne Revision, Abwicklung und Kontrolle, Repräsentation zugleich Aufsichtsratsmitglied der Osnabrücker Anlagen- und Beteiligungs AG, Osnabrück Menzel Vermögensverwaltung AG, Hamburg Hamburger Getreide-Lagerhaus AG, Hamburg Kremlin AG, Hamburg

Die Organmitglieder besitzen keine Aktien der Gesellschaft.

Aufwendungen für die Mitglieder des Aufsichtsrates fielen im Geschäftsjahr 2007 in Höhe von TEUR 28 an.

Die Gesamtbezüge des Vorstandes für das Geschäftsjahr 2007 betragen TEUR 651, davon entfielen auf Herrn Florian Weber TEUR 288 (davon TEUR 238 erfolgsunabhängige und TEUR 50 erfolgsabhängige Komponenten), Herrn Michael von Busse TEUR 131 (davon TEUR 111 erfolgsunabhängige und TEUR 20 erfolgsabhängige Bezüge) und Herrn

Markus Baukenkrodt TEUR 232 (davon TEUR 192 erfolgsunabhängige und TEUR 40 erfolgsabhängige Bezüge).

Den Vorstandsmitgliedern ist für den Fall der Beendigung ihrer Tätigkeit bei der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG, Düsseldorf, im Rahmen einer vertraglichen Konkurrenzklausele unter Bedingungen eine Karenzentschädigung in Höhe von 50 % des jeweiligen Fixgehalts zugesagt, die für die Dauer von 24 Monaten nach Beendigung des Vorstandsvertrages gilt.

5. Konzernzugehörigkeit

Wir gehen davon aus, dass die Augur Financial Opportunity SICAV, Luxemburg/Luxemburg, einen Konzernabschluss aufstellt, in den die Gesellschaft als mittelbares Tochterunternehmen einbezogen wird.

6. Mitarbeiter

In 2007 waren bei der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG - inklusive Vorstand - durchschnittlich 25 Mitarbeiter beschäftigt. Am Bilanzstichtag waren 27 Angestellte beschäftigt, die sich getrennt nach Handel und Verwaltung wie folgt aufteilen:

	31.12.2007
Vorstand	3
Angestellte Handel	16
Angestellte Verwaltung	8

7. Bilanzgewinn und Ergebnisverwendung

Bilanzgewinn zum 1.1.2007	EUR 630.124,69
Einstellung in andere Gewinnrücklagen (Beschluss der Hauptversammlung vom 22. August 2007)	-630.124,69
Jahresüberschuss 2007	22.100,53
Entnahmen aus anderen Gewinnrücklagen	1.000.000,00
Bilanzgewinn zum 31.12.2007	EUR 1.022.100,53

Der Vorstand schlägt der Hauptversammlung vor, den im Jahresabschluss der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG ausgewiesenen Bilanzgewinn in Höhe von EUR 1.022.100,53 wie folgt zu verwenden:

Ausschüttung einer Dividende von EUR 0,45 je Stückaktie bei 2.241.428 dividendenberechtigten Stückaktien	EUR 1.008.642,60
Gewinnvortrag auf neue Rechnung	13.457,93
Bilanzgewinn zum 31.12.2007	EUR 1.022.100,53

Düsseldorf, 16. April 2008

SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG
Der Vorstand

Florian Weber Markus Baukenkrodt Michael von Busse

Bestätigungsvermerk

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG, Düsseldorf (vormals: DKM Wertpapierhandelsbank AG), für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2007 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handels- und aktienrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen

der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Diese Bestätigung erteilen wir aufgrund unserer pflichtgemäßen, am 9. April 2008 abgeschlossenen Abschlussprüfung und unserer Nachtragsprüfung, die sich auf die Änderung der Gewinnrücklagen zur Erhöhung des Bilanzgewinns bezog. Auf die Änderung der Ergebnisverwendung durch die Gesellschaft im geänderten Anhang wird verwiesen. Die Nachtragsprüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Stuttgart, 9. April/17. April 2008

Dr. Ebner, Dr. Stolz und Partner GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft

Matthias Kopka
Wirtschaftsprüfer

Jens-Uwe Herbst
Wirtschaftsprüfer

Bericht des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat hat im Geschäftsjahr 2007 die ihm nach Gesetz und Satzung obliegende Aufgabe, die Geschäftsführung zu überwachen, in insgesamt acht Sitzungen wahrgenommen. Bei Bedarf wurden wichtige anstehende Entscheidungen auch in gemeinsamen Telefonkonferenzen erörtert. Auch außerhalb der Sitzungen hat der Vorstand regelmäßig, mindestens einmal monatlich, über alle wesentlichen Geschäftsvorfälle und die Entwicklung der Finanzkennzahlen schriftlich berichtet. Der Aufsichtsrat hat auf Grund erstellter betriebswirtschaftlicher Auswertungen monatlich die Einhaltung der Planungen für das Geschäftsjahr und die Liquiditätsentwicklung der Gesellschaft überprüft. Angesichts der Tatsache, dass der Aufsichtsrat aus drei Personen besteht, wurde auf die Bildung von Ausschüssen verzichtet.

Die Diskussionen auf den Aufsichtsratssitzungen im ersten Halbjahr 2007 waren bestimmt durch die Erörterung und Prüfung des Jahresabschlusses 2006, der Gewinnverwendung 2006 sowie der Diversifizierung der Geschäftstätigkeiten der Gesellschaft. Die Sitzungen im ersten Halbjahr 2007 befassten sich ferner mit den Empfehlungen zur weiteren Vorgehensweise im Hinblick auf den Veräußerungsprozess der Mehrheitsbeteiligung des zu dem Zeitpunkt aktuellen Großaktionärs ThomasLloyd AG.

Im zweiten Halbjahr 2007 befasste sich der Aufsichtsrat mit dem Veräußerungsprozess der vom Großaktionär ThomasLloyd AG gehaltenen Aktien. Zum Ende des Jahres 2007 fand eine Veräußerung der Anteile der ThomasLloyd AG an die AUGUR Financial Holding Zwei GmbH & Co. KG statt. In diesem Zusammenhang erfolgte ebenfalls eine personelle Veränderung des Aufsichtsrates.

Die Ertragslage der Gesellschaft verbesserte sich im Verlauf des Jahres 2007 spürbar gegenüber dem Vorjahr.

Der Jahresabschluss der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG zum 31. Dezember 2007 einschließlich des Lageberichts der Gesellschaft sowie des Berichts des Vorstandes über Beziehungen zu anderen Unternehmen (Abhängigkeitsbericht) ist unter Einbeziehung der Buchführung durch die Dr. Ebner, Dr. Stolz und Partner GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Stuttgart, geprüft worden. Die Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Der Abschluss einschließlich des Lageberichtes, der Prüfungsbericht des Abschlussprüfers zum Jahresabschluss sowie der Prüfungsbericht des Abschlussprüfers zum Abhängigkeitsbericht haben allen Mitgliedern des Aufsichtsrats vorgelegen und wurden von Seiten des Aufsichtsrats sorgfältig geprüft. An den Beratungen des Aufsichtsrats hat entsprechend den gesetzlichen Vor-

schriften der Abschlussprüfer teilgenommen. Der Prüfer hat seinen Bericht eingehend erläutert und weiterführende Fragen des Aufsichtsrats ebenso beantwortet wie der Vorstand selbst.

Der Aufsichtsrat hat den vom Abschlussprüfer geprüften Bericht des Vorstandes über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen (Abhängigkeitsbericht) geprüft. Der Jahresabschlussprüfer hat den Abhängigkeitsbericht mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Der Bestätigungsvermerk lautet im Wortlaut:

„Aufgrund unserer Prüfung erteilen wir den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk in folgender Fassung:

Nach unserer pflichtmäßigen Prüfung und Beurteilung bestätigen wir, dass

1. die tatsächlichen Angaben des Berichts richtig sind,
2. bei den im Bericht aufgeführten Rechtsgeschäften die Leistung der Gesellschaft nicht unangemessen hoch war oder Nachteile ausgeglichen worden sind.,,

Nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfungen hat der Aufsichtsrat keine Einwendungen gegen die Erklärungen des Vorstandes im Abhängigkeitsbericht gemäß § 312 Abs. 3 AktG und gegen die Ergebnisse der Prüfung des Abhängigkeitsberichts durch den Jahresabschlussprüfer.

Zum Ergebnis der Prüfung des Jahresabschlusses durch den Abschlussprüfer bestehen seitens des Aufsichtsrats keinerlei Einlassungen. Nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfung hat der Aufsichtsrat keine Einwände erhoben.

Im Rahmen der Dotierung der Gewinnrücklagen vertieften Vorstand und Aufsichtsrat die Diskussion über eine angemessene Dividendenpolitik. Als Ergebnis dieser Diskussion wurde eine Ausschüttung 45 Cent pro Aktie als angemessen angesehen. Der Aufsichtsrat hat die Entnahme aus den anderen Gewinnrücklagen sowie die Ausschüttung des Bilanzgewinns für das Geschäftsjahr 2007 geprüft und beschlossen, sich dem Gewinnverwendungsvorschlag des Vorstandes anzuschließen.

Der Aufsichtsrat hat den vom Vorstand aufgestellten sowie geänderten Jahresabschluss per 31. Dezember 2007 am 17. April 2008 gebilligt. Der Jahresabschluss per 31. Dezember 2007 ist damit festgestellt.

Düsseldorf, den 17. April 2008

Günther P. Skrzypek

Vorsitzender des Aufsichtsrats

Corporate Governance Bericht / Entsprechenserklärung

Entsprechenserklärung gemäß § 161 AktG des Vorstands und des Aufsichtsrats der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG für das Jahr 2007.

Die Entsprechenserklärung für das Jahr 2007 stimmt bis auf einen Punkt mit der Erklärung des Jahres 2006 überein. Weggefallen ist die Abweichung nach Ziffer 7, da das Unternehmen Quartalsmitteilungen veröffentlicht.

Aufsichtsrat und Vorstand der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG erklären gemäß § 161 AktG den Empfehlungen des „Deutschen Corporate Governance Kodex“ in der Fassung vom 14. Juni 2007 mit folgenden Ausnahmen zu entsprechen:

1. Aufgrund des derzeit bestehenden genehmigten Kapitals besteht die Möglichkeit des Bezugsrechtsausschlusses. Auch für zukünftig zu beschließende Kapitalerhöhungen soll diese Möglichkeit nicht generell ausgeschlossen werden (Kodex Ziffer 2.2.2).
2. Es bestehen derzeit keine Aktienoptionspläne (Kodex Ziffer 4.2.3).

3. Eine Altergrenze für Vorstände ist nicht festgelegt (Kodex 5.1.2). Alter und Leistungsfähigkeit werden bei der Bestellung berücksichtigt.
4. In 2008 wird eine Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat beschlossen (Kodex Ziffer 5.1.3).
5. Unter Berücksichtigung der Größe der Gesellschaft und des Aufsichtsrates wurden keine Ausschüsse gebildet (Kodex Ziffer 5.3).
6. Bei der Vergütung des Aufsichtsrates ist derzeit keine erfolgsorientierte Vergütung vorgesehen (Kodex Ziffer 5.4.7).

Aufsichtsrat und Vorstand sind der Ansicht, dass das bestehende Vergütungssystem besser geeignet ist, die Unabhängigkeit des Aufsichtsrates zu gewährleisten.

Düsseldorf, im Dezember 2007

Der Aufsichtsrat und der Vorstand

Investor Relations



Ansprechpartner

Florian Weber
Berliner Allee 10
40212 Düsseldorf
Telefon ++49 (0) 211 13861-0
Fax ++49 (0) 211 13861-44

E-Mail contact@schnigge.de

Termine

29.5.2008 Hauptversammlung

Weitere Informationen

erhalten Sie schnell und aktuell über die Homepage
www.schnigge.de

- Aktienkurs
- Geschäftsberichte und Zwischenberichte
- Ad-hoc- und Pressemeldungen
- Kostenlose Realtime-Kurse, Charts, Musterdepots



SCHNIGGE
Wertpapierhandelsbank AG

Berliner Allee 10
40212 Düsseldorf
Telefon ++49 (0) 211 13861-0
Fax ++49 (0) 211 13861-44

E-Mail contact@schnigge.de
